Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt für die Stadtgemeinde Burscheid

Burscheider Zeitung

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungsbeilage (Donnerstag), Die Zeit im Bild (Freitag), Landmanns Sonntagsblatt (Samstag)

Nr. 33 Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 **Burscheid, Dienstag, 9. Februar 1932** Postscheckkonto 28571 Köln Fernsprech-Anschluß Nr. 431 **72. Jahrgang**

Simon und Tardieu sprachen in Genf

Reichskanzler Brünings Reise nach Genf



Reichskanzler Dr. Brüning (zweiter von rechts) in Begleitung von Staatssekretär v. Bülow (rechts) und Ministerialdirektor Dr. Zechlin (ganz links) bei der Abfahrt nach Genf. Staatssekretär Dr. Pünder und Reichswehr- und Reichsinnenminister Dr. Groener (zweiter und dritter von links) waren zur Verabschiedung am Bahnhof.

Die Generalaussprache auf der Abrüstungskonferenz

Die Generalaussprache über die allgemeine Abrüstung hat am Montag begonnen. Die Delegierten sind vollzählig vertreten. In der ersten Reihe unmittelbar vor der Präsidententribüne hat der deutsche Reichskanzler Dr. Brüning Platz genommen.

Um 10.15 Uhr erteilt der Präsident dem

Vertreter Großbritanniens, Außenminister Sir John Simon,

das Wort. Dieser führte aus, die Generationen, die den Krieg mit vollem Bewußtsein erlebten, fingen an, denjenigen Platz zu machen, für die der Krieg nur noch eine Kindheitserinnerung sei. Es sei deshalb

jetzt höchste Zeit, die Abrüstung zu fördern.

Simon wies auf die

rüstungspolitische Ungleichheit

der Staaten hin. Die einen seien vertraglichen Beschränkungen unterworfen, während für die anderen nur ihre eigene Auffassung, ihre Bedürfnisse und Verpflichtungen oder die Ansprüche ihrer öffentlichen Meinung maßgebend seien ohne andere vertragliche Beschränkungen als jenen Abrüstungsartikel des Völkerbundspaktes. Infolgedessen trete eine zunehmende Divergenz hervor. Um weitere Komplikationen zu vermeiden, sei notwendig, auf vernünftigen Grundsätzen den Begriff eines Stichtages einzuführen, damit die Aufgabe der künftigen Abrüstung in wirksamer Weise gemeinsam unternommen werden könne. Simon erklärte, die Behauptung, daß der Friede der Welt durch Vorbereitung für den Krieg gesichert werden muß, findet keinen Glauben mehr.

Ein hoher Rüstungsstand ist kein Ersatz für Sicherheit.

Im besten Falle schafft er die Illusion der Sicherheit auf der einen Stelle, während er gleichzeitig an einer anderen Stelle das Gefühl der Unsicherheit verschärft. Die Sicherheit, die wir uns als Ideal vorgesetzt haben, ist Sicherheit für alle, und

Sicherheit für alle hängt maßgebend von der Rüstungseinschränkung ab. Rüstungen sind das Symptom eines pathologischen Zustandes.

Simon sagte, daß die Einschränkung der Rüstungen durch internationale Vereinbarungen nur auf zwei Wegen, die einzeln oder gleichzeitig bestritten werden könnten, möglich sei. Das eine sei

die Methode der Festsetzung von Höchstgrenzen,

das andere sei der vertragliche

Ausschluß gewisser Werkzeuge oder Methoden.

Für beide Behandlungsarten sei als weitere

Garantie eine internationale Autorität erforderlich,

die effektiv sicherstellt, daß diese Beschränkungen nicht überschritten werden, indem sie Uebertretungsfälle feststellt und dadurch einen wirksamen Druck der übrigen Welt auf die vertragsbrüchigen Staaten herbeiführt. England sei für diese Behandlungsarten und werde sein möglichstes tun, um eine Durchführung zu sichern. Beide Methoden seien in dem Konventionsentwurf enthalten, der nach Ansicht der britischen Regierung vorbehaltlich eingehender Prüfung jedes einzelnen Artikels die beste Grundlage der weiteren Arbeit bildet.

Die britische Regierung habe die Frage der Höchstziffer eingehend geprüft. Sie halte eine weitgehende Herabsetzung der Rüstungen der Welt etwa im Ausmaß von 25 Prozent für einen ausgezeichneten Gedanken. Simon hält es aber für psychologisch

richtiger, von vornherein ein Maximum zu bestimmen,

das nicht überschritten werden darf. Er erklärte, Zweck der gegenwärtigen Arbeit sei doch, soweit als möglich nicht nur eine Begrenzung, sondern eine Herabsetzung der Rüstungen vorzunehmen.

Ueber die am Freitag veröffentlichten

französischen Vorschläge

erklärte er, daß diese mit eingehendster und wohlwollendster Aufmerksamkeit von der britischen Delegation geprüft werden würden. England werde jedoch für alle Aenderungen eintreten, die sich nach sorgfältiger Prüfung als zweckmäßig und brauchbar erweisen und wirklich zur Rüstungseinschränkung beitragen würden. Er sei

überzeugt, daß das Gewissen der Kulturwelt erst dann zur Ruhe kommen werde, wenn alle Praktiken, die dem Menschlichkeitsempfinden ins Gesicht schlagen, effektiv verboten werden.

Aehnliche Erwägungen seien auch für die Unterseeboote maßgebend. Die

Abschaffung der Unterseeboote,

das wolle er nicht verheimlichen, würde im Interesse Englands liegen, aber nicht im ausschließlichen Interesse. Der englische Vorschlag werde nicht im Interesse der englischen Kampfstärke, sondern im Interesse der Menschlichkeit und des dauerhaften Friedens gemacht. Die Verträge von Washington und London müßten nach Auffassung der britischen Regierung bis zu ihrem Ablauf im Dezember 1936 unangetastet bleiben.

Zum Schluß seiner Rede erklärte Simon:

Wir nehmen als Grundlage der künftigen Verhandlungen das allgemeine Schema des Konventionsentwurfes und die Methoden der Rüstungsbegrenzung durch die Aufstellung von Höchstziffern auf Grund dieses Entwurfes an. Wir sind für die Einsetzung einer ständigen Abrüstungskommission. Wir verlangen die Abschaffung des Gas- und chemischen Krieges, ebenso die Abschaffung der Unterseeboote. Wir wenden unsere besondere Aufmerksamkeit solchen Verboten oder Beschränkungen zu, die geeignet sind, die Angriffsfähigkeit zu schwächen, um dadurch zu versuchen, die Angriffe zu beseitigen.

Nach der französischen Uebersetzung der Rede Simons, dem während seiner Rede verschiedentlich und am Schluß besonders lebhaft Beifall geklatscht wurde, bestieg

der französische Kriegsminister Tardieu

die Rednertribüne. Tardieu betonte zu Anfang seiner Ausführungen, die Aufgabe der Konferenz, eine Beschränkung und Herabsetzung der Rüstungen vorzubereiten, könne nur unter

vier Bedingungen

erfolgen.

Zunächst müsse die Sicherheit vorhanden sein, die Durchführung gemeinsamer Aktionen müßte gewährleistet sein, die geographische Lage und die besonderen Verhältnisse müßten berücksichtigt werden.

Die Bedingungen, unter denen eine Beschränkung und Herabsetzung der Rüstungen erfolgen könne, seien je nach den Umständen verschieden. In diesem Zusammenhang erklärte Tardieu:

Gleichberechtigung bedeute nicht Gleichmacherei.

Sicherung des Friedens und Herabsetzung der Rüstungen seien nur möglich, wenn ein allgemeines internationales Sicherheits- und Garantiesystem, das für alle Staaten verbindlich sei, eingeführt werde. Dieser Aufgabe dienten die von der französischen Delegation vorgelegten Vorschläge.

Tardieu entwickelte dann im einzelnen die französische These. Der Artikel 8 des Völkerbundspaktes behandele nicht nur die Regelung der Rüstungsfrage, sondern auch die Schaffung kollektiver Sicherheit. Der Artikel 8 sei ein unteilbares Ganzes. Eine Beschränkung und Herabsetzung der Rüstungen sei nur möglich, wenn gleichzeitig der nach französischer Auffassung erforderliche Ausbau der Sicherheitsorganisation des Völkerbundes erfolge.

Frankreich, das bereits eine Herabsetzung seiner Rüstungen vorgenommen habe, sei bereit, für eine ganz bestimmte Zeit eine Begrenzung seines augenblicklichen Rüstungsstandes ohne besondere Bedingungen anzunehmen.

Die Rüstungen lasteten schwer auf der Bevölkerung Frankreichs. Im Vergleich zum Jahre 1913 habe Frankreich seine Effektivbestände um ein Viertel, die Zahl seiner Einheiten um die Hälfte und die Dienstzeit um zwei Drittel gekürzt. Im Gegensatz zu anderen Staaten, die ihre Rüstungen verstärkt hätten. Im Jahre 1919 hätten Großbritannien und die Vereinigten Staaten in einer feierlichen Erklärung anerkannt, daß Frankreichs Sicherheit ungenügend sei. Das französische Volk wolle nichts anderes als den Schutz und die Sicherheit seiner Grenzen. Frankreich habe stets eine großmütige Gesinnung gezeigt, so z. B., als es im Jahre 1930, fünf Jahre vor dem im Versailler Vertrag festgesetzten Termin, ein Pfand aus seiner Hand gegeben habe. (Tardieu meint die Rheinlandräumung).

Aus Tardieus Ausführungen ging hervor, daß die französische Delegation die Annahme ihres Programms als eine wesentliche Vorbedingung für drastische Schritte Frankreichs in der Abrüstungsfrage ansieht. Zum Schluß erklärte Tardieu, ein Abkommen ohne Organisierung der Sicherheit wäre eine brutale und ungerechte Prämie für die Zahl und die Technik.

Der Eindruck der Reden

Die Rede des britischen Außenministers,

die auch oratorisch sehr wirksam war, hat in deutschen Kreisen einen außerordentlich nachhaltigen Eindruck hinterlassen, der sich auch durch den

lebhaften Beifall bei der deutschen Delegation

äußerte. Sachlich ist die starke Betonung der Sicherung des Friedens durch Abrüstung bemerkenswert. Besonders eindrucksvoll war die Formulierung Sir John Simons, daß der Friede nicht durch Vorbereitung des Krieges gesichert werden könne, und daß hohe Bewaffnung keine Sicherheit gewähre, ferner die Forderung nach einem Verbot der ausgesprochenen Angriffswaffen, das auch von deutscher Seite stets als notwendig bezeichnet worden ist. Sympathisch berührt auch die Betonung des gleichen Rechts der Sicherheit für alle Staaten. Die Annahme des Konventionsentwurfs als Diskussionsgrundlage war nach der ganzen bisherigen Stellungnahme Englands zu erwarten. Sie schließt aber selbstverständlich nicht aus, daß es allen Delegationen im Sinn der Eröffnungsansprache Hendersons freisteht, Ersatzvorschläge zu machen.

Tardieu,

der im Anschluß an den britischen Außenminister sprach, entwickelte die bekannte französische Sicherheitsthese, derzufolge die Vorbedingung für jede Abrüstungsmaßnahme die sogenannte Organisierung des Friedens ist. Darunter versteht Frankreich die Sicherung der jetzigen Machtverhältnisse unter neuen völkerrechtlichen Garantien. Tardieu erklärte ausdrücklich, daß die Erfüllung dieser französischen Sicherheitswünsche die Vorbedingung für jedes Zugeständnis Frankreichs in der Abrüstungsfrage sei. Die ganze Rede Tardieus handelte nicht, wie die von Simon, von der Notwendigkeit wirklicher Abrüstung, sondern von der

Durchsetzung unbegründeter französischer Sicherheitswünsche.

Befremdend war die Erwähnung der bekannten französischen Propagandathese von den drei Invasionen, die Frankreich in einem Jahrhundert erlitten habe. Im übrigen diente die Rede im wesentlichen der Erläuterung der französischen Vorschläge. Bei der Rede konnte man sich nicht des Eindrucks entziehen, daß die französische Regierung

durch Aufstellung kaum erfüllbarer Forderungen

die Diskussionsbasis von der Abrüstung entfernen und auf Gleise schieben will, die

von dem eigentlichen Zwecke der Konferenz wegführen.

Der Stahlhelm und andere Frontsoldatenbünde an die Abrüstungskonferenz

Wie die Pressestelle des Stahlhelms mitteilt, wurde vom Stahlhelm ein Telegramm an die Abrüstungskonferenz gerichtet, in dem dringend gefordert wird, der Ungleichheit der Rüstungen ein Ende zu machen. Wahre Befriedung der Welt sei nur möglich, wenn die Beschränkungen der Wehrhoheit aufgehoben werden, die dem Unterlegenen durch die Pariser Vorortsverträge aufgezwungen worden sind. Gleichberechtigung unter den Staaten werde erst dann wieder zur Wirklichkeit, wenn die demütigenden Beschränkungen der Souveränität einzelner Mächte besonders in wehrpolitischer Hinsicht beseitigt sind.

Die ehemaligen deutschen Frontkämpfer, so heißt es in dem Telegramm weiter, appellieren über die Abrüstungskonferenz hinaus an den Soldatengeist der anderen Völker, der die Gefahren einer dauernden Diskrimination einzelner Staaten in den lebenswichtigen Fragen der Landesverteidigung erkennen müßte. Der Stahlhelm lehnt den Konventionsentwurf als ein Instrument zur Verewigung der Wehrlosigkeit Deutschlands ab. Er weist daraufhin, daß Telegramme ähnlichen Inhaltes auch von anderen deutschen wehrpolitischen Vereinigungen nach Genf gegangen sind, und daß auch österreichische, ungarische und bulgarische Frontkämpferbünde sich in ähnlichem Sinne nach Genf gewandt haben. Der Vorstand des Deutschen Reichskriegerbundes Kyffhäuser fordert in seiner Depesche das unbedingte Festhalten am deutschen Recht auf Sicherheit und Gleichberechtigung. Frankreich, so heißt es dann, suche durch seinen Vorschlag einer Völkerbundsarmee die Weltab-

Empfänge bei Dr. Brüning

Dr. Brüning empfing Montag nachmittag den englischen Außenminister Sir John Simon, mit dem er ungefähr eine einstündige Unterredung hatte. Im Anschluß daran machten der französische Kriegsminister Tardieu und der italienische Außenminister Grandi dem deutschen Reichskanzler Besuche.

rüstung zu sabotieren und Deutschlands Recht mit Füßen zu treten.

Stimmen zu Tardieus Vorschlägen

Die Pariser Presse

sucht, soweit sie der Regierungsmehrheit angehört, mit allen Mitteln die öffentliche Meinung der Welt für den französischen Vorschlag zu interessieren, jedoch wächst die Zahl derer, die ihn für unvollkommen halten. — „Republique" meint, die Forderung nach Internationalisierung der Luftschiffahrt müsse gekrönt werden durch eine sofortige gleichzeitige Verminderung aller Rüstungen einschließlich der französischen. — Im „Populaire" fordert Leon Blum, daß die Internationalisierung der Handelsluftflotte begleitet sein müsse von der Abschaffung oder der Internationalisierung der Militärflugzeuge, andernfalls stelle die Internationalisierung der Handelsluftflotte eine einseitige Maßnahme gegen die Nationen dar, die keine Militärflugzeuge besäßen. — Das Gewerkschaftsblatt „Peuple" nennt Tardieus Vorschläge einen Bluff, der rein negativen Charakter trage. Er bezwecke nur, den gegenwärtigen Rüstungsstand beizubehalten und seine Erhöhung zu rechtfertigen. Der Außenpolitiker des „Echo de Paris" rät Tardieu, bei seiner heutigen Rede auf die Artikel 160 und 164 des Friedensvertrages von Versailles hinzuweisen und zu betonen, daß Deutschland nicht die ihm durch den Versailler Vertrag vorgeschriebenen Ziffern der Rüstungen überschreiten dürfe.

Der ehemalige englische Innenminister Clynes

bezeichnete es in einer Rede in Manchester als ein gutes Zeichen, daß Frankreich einen ausführlichen Plan für die Abrüstungskonferenz unterbreitet hat. Der Plan enthalte einige ausgezeichnete Punkte, doch würde er in vielen Beziehungen nicht durchführbar sein.

Aus englischen Blättern

Zum französischen Vorschlag sagen „Times", er sei zwar ein ernstlicher Versuch, den Frieden und die internationale Sicherheit zu fördern, doch weist das Blatt auf die Gefahr hin, die im Falle einer Meinungsverschiedenheit zwischen dem neuen Ueberstaat und Washington entstehen würde. Auch würde ein derartiger Versuch, die britischen Dominien unter eine zentrale Autorität zu bringen, zum Verfall des britischen Reiches führen. Die Nationen könnten nur veranlaßt werden, ein neues Gesetz anzuerkennen und durchzuführen, wenn ein Apparat zur Revision des internationalen Rechtes und zur Vertragsrevision geschaffen werde. — Noch entschiedener in der Ablehnung äußert sich „Morningpost", die sagt, daß der Plan die Sache des Friedens nicht fördere. Es sei schließlich kein Unterschied, ob man von den Flugzeugen des Völkerbundes oder den Flugzeugen einer einzelnen Nation mit Bomben beworfen werde. — „Daily Telegraph" urteilt, der Plan habe trotz vieler anziehender Einzelheiten nicht mehr Aussicht auf Annahme durch Großbritannien als das Genfer Protokoll oder Briands Paneuropa-Plan. — „News Chronicle" lobt den Vorschlag der Beseitigung des Gift- und Bazillenkrieges und der Beschießung oder Bombardierung von Städten weit hinter der Gefechtszone als wertvoll und annehmbar.

Poincaré tritt für die Schaffung einer internationalen Polizei ein

Im „Excelsior" veröffentlicht Poincare einen Artikel, der gleichzeitig auch in der „Nacion" in Buenos-Aires erscheint. Poincare weist auf ein kürzlich erschienenes Buch des Generalsekretärs des Verbandes der Völkerbundsvereinigungen Ruyssen-London hin, in dem die Frage einer internationalen, dem Völkerbund unterstellten Polizei behandelt werde, und schreibt dazu, dieser Gedanke habe sich entwickelt, seitdem die Weltwirtschaftskrise die Geister beunruhigt habe. Sein Freund Leon Bourgeois habe in voller Uebereinstimmung mit ihm, Poincare, diesen Gedanken bereits vor der Abfassung der Völkerbundsstatuten verteidigt. Aber damals sei dieser Gedanke auf viele Gegner gestoßen. Er bedauere immer mehr, daß dieser Gedanke sich damals nicht durchgesetzt habe. Der Völkerbund selbst habe melancholisch seine Ohnmacht angesichts der Vorkommnisse im Fernen Osten eingestehen müssen. Glücklicherweise schlage Frankreich jetzt vor, dem Völkerbund die Herrschaft über die Luftstreitkräfte anzuvertrauen. Er, Poincare, befürchte allerdings, daß nicht alle Mitgliedstaaten des Völkerbundes geneigt seien, in gleicher Weise, diese Lösung anzunehmen. Die Rede Hendersons bei der Eröffnungssitzung der Abrüstungskonferenz sei in dieser Hinsicht nicht sehr ermutigend. Sie sei gewiß von sehr hoher und sehr pazifistischer Eingebung, aber Henderson bestehe auf der gleichzeitigen Entwaffnung aller Nationen, gleichviel, ob sie kriegerisch gesinnt seien oder nicht, und er mache nicht die geringste Anspielung auf die Notwendigkeit, dem Völkerbund die Befugnis und die Mittel zu geben, seinen Beschlüssen Achtung zu verschaffen und den Frieden zu verteidigen, wenn er bedroht werde. Der edle und gut ausgedachte Vorschlag der französischen Regierung werde glücklicherweise als Beispiel für die anderen Nationen dienen und eine allgemeine Verständigung erleichtern können, die notwendig und dringlich sei.

Rechtsbrüche im Memelgebiet

Der Oberbürgermeister von Memel



Dr. Brindlinger, dem ebenfalls Verhaftung durch die Litauer droht.

Die deutsche Note an den Völkerbund

Die Note an den Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, in der die deutsche Regierung die Aufmerksamkeit des Völkerbundsrates auf den von der litauischen Regierung begangenen Rechtsbruch im Memelgebiet gelenkt hat, hat folgenden Wortlaut:

„Herr Generalsekretär! Am 6. Februar hat der Gouverneur des Memelgebietes, Herr Merkys, den Präsidenten des dortigen Direktoriums, Herrn Böttcher, für abgesetzt erklärt, verhaften und in eine Kaserne überführen lassen. An seiner Stelle ist der Landesrat Tolischus mit der einstweiligen Führung der Geschäfte des Präsidenten des Direktoriums beauftragt worden. Nach den der deutschen Regierung vorliegenden Nachrichten sind diese Maßnahmen von dem Gouverneur im Einverständnis mit der litauischen Regierung getroffen worden und sollen allem Anschein nach noch ähnliche weitere Maßnahmen im Gefolge haben. Das Vergehen der litauischen Regierung stellt eine flagrante Verletzung des Memelstatutes dar, das in Artikel 17, Absatz 2 bestimmt, daß der Präsident solange im Amte bleibt, als er das Vertrauen des Landtages hat. Diese Voraussetzung liegt hinsichtlich des Präsidenten Böttcher vor, da ihm noch durch Beschluß des Landtages vom 25. Januar das Vertrauen ausgesprochen worden ist.

Gemäß Art. 17, Abs. 1 der Memelkonvention lenkt die deutsche Regierung die Aufmerksamkeit des Völkerbundsrates auf den von der litauischen Regierung begangenen Rechtsbruch. Sie weist darauf hin, daß Verletzungen der dem Memelgebiet zustehenden Automie schon wiederholt die Anrufung des Völkerbundsrates erforderlich gemacht haben. Durch die eben erwähnten Vorgänge ist eine besonders ernste Lage entstanden. Ich bitte deshalb, die Angelegenheit als dringend auf die Tagesordnung des Rates zu setzen und den Rat zu einer sofortigen Sitzung zusammenzuberufen.

Genehmigen Sie, Herr Generalsekretär, den Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung,

gez. Dr. Brüning.

*

Aus Genf, 8. Febr., wird gemeldet: Die von Deutschland verlangte Ratssitzung zur Erörterung des Rechtsbruches im Memelgebiet kann wahrscheinlich erst am Mittwoch stattfinden, da zur Zeit kein bevollmächtigter Vertreter Litauens hier anwesend ist. Da Dr. Brüning bereits morgen abend nach Berlin zurückfahren muß, wird Deutschland im Rat durch Staatssekretär von Bülow vertreten.

Litauische Ausschreitungen gegen Memelländer

Aus Memel, 8. Febr., wird berichtet: Eine Sitzung der memelländischen Landwirtschaftspartei wurde gestern von etwa 35 jungen Leuten aus Groß-Litauen gesprengt. Sie schlugen großen Lärm und bewarfen den Vorsitzenden der Partei, Konrad, mit Eiern. Auf das Fenster, an dem Konrad stand, wurde ein Schuß abgegeben, der aber sein Ziel verfehlte. Die Polizei löste die Versammlung auf.

Böttcher aus der Kaserne entlassen

Nach einer Meldung aus Memel, 8. Febr., ist die Freilassung Böttchers in der Weise erfolgt, daß er die Kaserne verlassen durfte, in der er festgehalten worden war, daß er sich aber in seiner Wohnung bis auf weiteres zur Verfügung des Gouverneurs halten muß.

In gleicher Weise ist auch der Direktor des Landesdirektoriums, Pudschus, in seiner Wohnung interniert worden.

Verweigerte Einreisegenehmigung

Die litauische Regierung hat dem Königsberger Korrespondenten der Berliner Börsenzeitung, der sich mit dem Außenminister Zaunius ins Benehmen setzen wollte, die Einreiseerlaubnis nach Litauen ohne Angabe von Gründen verweigert.

20 deutsche Zeitungen in Kowno beschlagnahmt

Die Kownoer Zensur stellte am Montag mit der Beschlagnahme deutscher Blätter einen Rekord auf. Nicht weniger als 20 deutsche Zeitungen, die Meldungen und Artikel über die Vorgänge im Memelgebiet brachten, verfielen der Beschlagnahme.

Verwegener Raubüberfall auf ein Straßenbahndepot

Aus Danzig, 8. Febr., wird gemeldet: Als heute nacht gegen 2 Uhr die beiden Straßenbahnkassenbeamten Hartmann und Pekowski im Kassenraum des Straßenbahndepots in der Lenzstraße mit der Abrechnung der von den einzelnen Straßenbahnschaffnern abgelieferten Beträge beschäftigt waren, erschienen in der Türe zwei schwarz maskierte Männer, die nach dem Rufe „Hände hoch, oder wir schießen" auf die beiden Kassenbeamten mehrere Schüsse abgaben. Die beiden Beamten wurden durch Brustschüsse verletzt. Der 64 Jahre alte Nachtwächter Kreft, der die Schüsse gehört hatte und nach dem Kassenraum geeilt war, wurde ebenfalls von den Verbrechern mit zwei Schüssen, einem Bauch- und einem Armschuß, niedergestreckt. Die Täter konnten unerkannt entkommen. Ob und wieviel Geld sie geraubt haben, konnte noch nicht festgestellt werden. Die drei Verletzten wurden in ein Krankenhaus eingeliefert. Der Zustand von Hartmann und Kreft ist sehr besorgniserregend, während sich Pezkowski den Umständen entsprechend wohl befindet.

Die Ostbank-Untersuchung

Der Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtages für die Ostbank-Angelegenheit setzte am Montag die Beweisaufnahme fort.

Wie der Vorsitzende, Abg. Borck (Dn.), zunächst mitteilte, hat

Geheimrat Dr. Hugenberg,

dessen erneute Vernehmung der Ausschuß beschlossen hatte, in einem Schreiben an den Ausschuß erklärt, der Ausschuß habe bei seiner letzten Vernehmung festgestellt, daß eine nochmalige Vernehmung nicht erforderlich sei und durch eine schriftliche Aeußerung über die Ostbank-Angelegenheit ersetzt werden solle. Diese schriftliche Aeußerung sei dem Ausschuß am 10. Dezember v. J. zugestellt worden. Er würde dem nichts hinzuzusetzen haben.

Auf eine Bemerkung des Berichterstatters, Abg. Leinert (Soz.), erwidert der Vorsitzende, daß der Fall damit für den Ausschuß praktisch erledigt sei. Man könnte vielleicht daran denken, Dr. Hugenberg zwangsweise zu laden; dazu bedürfe es aber einer Aufhebung der Immunität durch den Reichstag, von deren Beantragung der Ausschuß wohl Abstand nehme.

Als Zeuge wurde dann

der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht

vernommen. Er erklärte: Die Ostbank sei für den Osten von großer Bedeutung gewesen, und es habe ein allgemeines Interesse bestanden, sie aufrechtzuerhalten. Daß die Bank in akute Schwierigkeiten gekommen war, wurde der Reichsbank erst Ende November 1929 bekannt. Dr. Schacht schilderte die von ihm eingeleitete Vermittlung. Nachdem dann die Verhandlungen mit der Dresdner Bank zum Abschluß gekommen waren, habe er mit den Dingen nichts mehr zu tun gehabt.

Auf die dann noch geplante Vernehmung des früheren preußischen Finanzministers Dr. Höpker-Aschoff mußte der Ausschuß verzichten, nachdem das Staatsministerium mitgeteilt hatte, daß

Höpker-Aschoff die Genehmigung zur Aussage nicht

erteilt werde.

Der Ausschuß vertagte sich auf unbestimmte Zeit.

Revision im Calmette-Prozeß

Wie Berliner Blätter aus Lübeck melden, haben die Verteidiger des Professor Deycke und Obermedizinalrats Altstaedt, Dr. Ihde und Dr. Hoffmann, beschlossen, gegen das Urteil im Calmette-Prozeß Revision einzulegen.

Neues Grubenunglück auf Sizilien

In einem Schwefelbergwerk bei Caltanisetta (Sizilien) explodierten bei der Entzündung einer Sprengmine Grubengase. Zum Glück befanden sich von den etwa 1000 Arbeitern zur Zeit der Explosion nur 18 im Schacht. Von diesen wurden nach stundenlangen Rettungsarbeiten fünf als Leichen geborgen. Ein sechster Arbeiter verschied beim Transport, während von den Verwundeten acht so schwere Vergiftungserscheinungen aufwiesen, daß man an ihrer Rettung zweifelt.

Weitere Unterzeichner des Aufrufs des Hindenburg-Ausschusses

Wie vom Hindenburg-Ausschuß mitgeteilt wird, haben sich folgende weitere Persönlichkeiten dem Aufruf des Hindenburgausschusses vom 1. Februar angeschlossen:

Direktor Robert Albert (Dresden), Bertholt Friedrich Markgraf von Baden (Sale a. Bodensee), Friedrich Baltrusch (Geschäftsführer des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften), Präsident Bumm (Berlin), Ober-Dompredigers Burghart (Berlin, Vizepräsident des evgl. Oberkirchenrats), Unterstaatssekretär a. D. Dr. Conze, Staatssekretär a. D. Fritz Dönhoff (Berlin), Dr. Karl Ritter von Balt (München), Oberbürgermeister von Hansemann (Flensburg), Reichsminister Landrat Dr. Haßlinde (Arnsberg), Oberbürgermeister Lautenschläger (Stuttgart), Kommerzienrat Lindner (Vorsitzender des Verbandes der mitteldeutschen Industrie, Sonderhausen), Oberbürgermeister Dr. Lohmeyer (Königsberg), Alois Fürst zu Löwenstein, Konsistorialrat D. Dr. Luther (Berlin), Frau Dr. Elsa Natz (Berlin), Bankier Dr. Melchior (Hamburg), Bischof Moog (Bonn), Staatsminister a. D. von Rostitz-Wallwitz (Berlin), Prof. Paul Pfeiffer (Rektor der Universität Bonn), H. Plate (Ehrenmeister des deutschen Handwerks, Hannover), Geheimrat Dr. Ponfick, Prof. Reulaux (Rektor der Technischen Hochschule Darmstadt), Legationsrat a. D. Freiherr von Richthofen (Berlin), Oberbürgermeister Rombach (Aachen), Oberbürgermeister Dr. Scharnagl (München), Dr. h. c. Wilhelm Schäfer (Sommerwalde a. Bodensee), Prof. D. Siegmund Schultze (Berlin), Oberst Dr. h. c. Bernhard Schwertfeger (Hannover), Geheimer Justizrat Prof. Dr. Tripel (Berlin), Landesbischof D. Polzien (Mecklenburg-Strelitz), Geheimrat Prof. Dr. Vaihinger (Halle), Prof. Weber (Rektor der Universität Freiburg), Prof. Windhaus (Göttingen), Schulrat G. Wolff (Berlin). Weitere Namen von neuen Unterzeichnern des Aufrufes werden demnächst veröffentlicht.

Der Reichswehrminister und die Wehrverbände

Das Reichswehrministerium veröffentlicht einen Befehl des Reichswehrministers Groener vom 29. 1. 1932, von dem behauptet worden ist, daß er sich gegen die Politik des Reichskanzlers richte. Demgegenüber ist festzustellen, daß er mit Zustimmung des Reichskanzlers Dr. Brüning erlassen worden ist.

In dem Befehl heißt es: Nur solche Wehrverbände haben Lebensberechtigung, die die nationalen und staatspolitischen Ideale pflegen und ihre Hauptaufgabe in der körperlichen und geistigen Ertüchtigung sehen. Jede militärische Betätigung der Verbände sowie die Anmaßung polizeilicher oder sonstiger staatlicher Befugnisse werden stets auf das schärfste bekämpft werden.

In Beantwortung der Frage, wann Bewerber aus politischen Gründen von der Einstellung in die Wehrmacht auszuschließen sind, erklärt der Reichswehrminister, daß nur solche Bewerber abgelehnt werden dürfen, die erwiesenermaßen an Bestrebungen teilgenommen haben, die auf eine Aenderung der verfassungsmäßigen Zustände mit unerlaubten Mitteln gerichtet waren. Ein für allemal bleiben ferner Bewerber ausgeschlossen, die erwiesenermaßen in beleidigender Form öffentlich gegen den Reichspräsidenten Stellung genommen haben, alle, die erwiesenermaßen im politischen Kampfe durch Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung gezeigt haben, daß sie die sittliche Reife für die Aufnahme in die Wehrmacht nicht besitzen, und Mitglieder solcher Organisationen, die sich nicht scheuen, für den Kriegsfall Kriegsdienstverweigerung und Fahnenflucht zu predigen. Allgemein gilt außerdem, daß vor jeder Einstellung von Bewerbern, die einem politischen Verband angehört haben, besonders sorgfältig zu prüfen ist, ob durch derartige Einstellungen nicht die überparteiliche und unpolitische Haltung der Wehrmacht erschwert werden könnte. Mit solchen Bewerbern sind Verhandlungen aufzunehmen, aus denen hervorgeht, daß sie mit dem Eintritt in die Wehrmacht jede derartige Bindung vollkommen gelöst haben.

Zwei Verschüttete bei der Grubenkatastrophe von Marchienne gerettet

Nach Mitteilungen der Grubenverwaltung sind aus der verunglückten Grube von Marchienne zwei Arbeiter lebend geborgen worden, während zwölf Leichen zutage gefördert wurden.

Aus der Hauptstadt des Memellandes



die Marktstraße in Memel.

Aus dem Wohnungsausschuß des Reichstages

Im Wohnungsausschuß des Reichstages, auf dessen Tagesordnung die zweite Lesung des Reichsstädtebaugesetzes stand, wurden am Montag zunächst nach langer Geschftordnungsdebatte Vertagungsanträge, die auch von der Reichsregierung wegen der noch vorhandenen Schwierigkeiten mit den Ländern unterstützt wurden, mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten und des Christlichsozialen Abg. Dr. Mumm, abgelehnt. Die Nationalsozialisten waren nicht erschienen. Abgelehnt wurde ferner der Antrag der Wirtschaft, zunächst einmal am Dienstag den Reichsarbeitsminister über die Schwierigkeiten mit den Ländern zu hören, ehe man in die zweite Lesung des Entwurfes eintrete.

Dann trat der Ausschuß in die zweite Lesung des Reichsstädtebaugesetzes ein. Nach längerer Beratung wurde der § 1 über die Planung in der Fassung der ersten Lesung angenommen. Abgelehnt wurde der von verschiedenen Seiten gestellte Antrag, die Fassung des Referentenentwurfes wieder herzustellen, wonach Planungen nur entsprechend dem Bedürfnis vorgenommen werden sollten.

Die Deutsche Reichspost im dritten Quartal 1931

Aus dem Bericht der Deutschen Reichspost über das dritte Viertel des Rechnungsjahres 1931 geht hervor, daß gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres

der Verkehr in allen Zweigen, mit Ausnahme der Barauszahlungen, zurückgegangen

ist. Die Postscheckkonten vermehrten sich im Berichtsvierteljahr um 4105 auf 1 012 961. Telegramme wurden befördert 6,1 Millionen (7,7 Millionen) und 597 Millionen Gespräche (647) wurden vermittelt. Die Zahl der Rundfunkteilnehmer hat sich um 248 904 auf 3 980 852 erhöht, von denen 283 960 Teilnehmern die Gebühren erlassen waren. In den Monaten Juni bis September wurden 283 Schwarzhörer rechtskräftig verurteilt.

Im Kassenbericht werden die Einnahmen mit 496 Millionen RM., die Ausgaben mit 505 Millionen RM. ausgewiesen.

Um Hitlers Einbürgerung

Zu Gerüchten über Aktionen zur Einbürgerung Hitlers berichtet die Voss. Zeitung, in maßgebenden Kreisen werde die Auffassung vertreten, daß man eine Einbürgerung Hitlers nicht bekämpfen würde. Im Gegenteil würde man, wenn Hitler sich dazu entschließen könnte, einen regulären Einbürgerungsantrag zu stellen, auf eine Beschleunigung hinwirken. Man habe den Eindruck, so schreibt das Blatt weiter, daß von nationalsozialistischer Seite absichtlich der normale Einbürgerungsantrag vermieden werde, um den Eindruck zu erwecken, als habe Hitler mit irgendwelchen Intrigen und Schwierigkeiten zu kämpfen, die in Wirklichkeit gar nicht bestänben. Bis jetzt habe Hitler den normalen Weg über einen Einbürgerungsantrag noch kein einziges Mal beschritten.

*

Wie der nach achttägigem Verbot wieder erscheinende „Völkische Beobachter" mitteilt, hat der frühere thüringische Innenminister Dr. Frick in einem Schreiben an den Ersten Staatsanwalt vom Landgericht München I Strafantrag gegen die „Münchener Neuesten Nachrichten" wegen Beleidigung gestellt. Der Klage liegt ein Artikel des Blattes mit der Ueberschrift „Fricks unwürdiger Schiebungsversuch" zugrunde, in dem Dr. Frick eine formale Beleidigung erblickt. Zugleich beantragt er unter Bezugnahme auf die Notverordnung vom 8. Dezember Erhebung der öffentlichen Klage. Dr. Frick erklärt, daß er sich bei dem Versuch, Adolf Hitler zum thüringischen Staatsbeamten zu ernennen, durchaus im Rahmen seiner verfassungsmäßigen Befugnisse als thüringischer Innenminister gehalten habe, daß es sich also nicht um einen „Schiebungsversuch", sondern um einen legalen Staatsakt gehandelt habe.

Die Universitätskrawalle in Berlin vor dem Schnellgericht

Das Schnellschöffengericht in Berlin verurteilte in dem Prozeß gegen die sieben nationalsozialistischen Studenten wegen der Universitätskrawalle am 4. Februar die Angeklagten Plaß und Piltz wegen schweren Landfriedensbruches zu je acht Monaten Gefängnis, den Angeklagten Pabst wegen Landfriedensbruchs und Körperverletzung zu fünf Monaten Gefängnis, die Angeklagten Kalter und Jüderbock wegen Landfriedensbruchs zu vier Monaten Gefängnis und die Angeklagten Ruppin und Leonhardt wegen Uebertretung (groben Unfugs) zu je vier Wochen Haft. Die Haftbefehle wurden vom Gericht aufgehoben.

Neue Südpolexpedition Byrds?

Auf einem Festessen im Forscherklub in Newyork sprach Admiral Byrd über seine neuesten Expeditionspläne. Er erklärte, ein Freund hätte ihm zu einer neuen Expedition nach dem Südpol ein Schiff zur Verfügung gestellt. „Wir haben," so erklärte der Entdecker, „schon 35 Tonnen der verschiedensten Ausrüstungsgegenstände bereit."

Das Hauptaugenmerk der Expedition wird darauf gerichtet sein, festzustellen, ob unter den Eis zwischen dem Roß-See und dem Weddell-Meer ein Kanal läuft, ferner will man das unbekannte Gelände im Osten des Südpols vom Flugzeug aus erforschen. Byrd erklärte weiter, er habe die Absicht, einen Winter im Innern der Antarktis zuzubringen und hier wissenschaftliche Beobachtungen zu machen. Den Sommer darauf würde man einen Flug über den Südpol versuchen. Ueber den Zeitpunkt des Starts äußerte sich Byrd nicht.

Der Kampf um Schanghai

Räumung der Tungschi-Universität

Die nach der Landung der Japaner bei Wusung entbrannten heftigen Kämpfe erzwangen die vollständige Räumung der Tungschi-Universität. Dank des Entgegenkommens des japanischen Divisionskommandanten, der für die Frauen und Kinder der Lehrerschaft Rote-Kreuz-Automobile zur Verfügung stellte, konnten alle, auch das chinesische Personal, auf Umwegen sich nach Schanghai flüchten. Die Universität hat durch die bisherige Beschießung schweren, wenn nicht gar unersetzlichen Schaden erlitten. Da sie jetzt Stützungspunkt der militärischen Operationen werden wird, fürchtet man für ihren Weiterbestand. Die flüchtigen Deutschen sind wohlauf in Schanghai angelangt und bei dort wohnenden deutschen Familien untergebracht.

Der Bericht der Schanghaier Konsuln

Der vom Generalsekretär des Völkerbundes eingeforderte Bericht der Schanghaier Konsuln der Ratsmächte ist in Genf eingelaufen. Dem Vernehmen nach enthält der Bericht eine ausführliche Darstellung der Ereignisse unter genauer Prüfung der Schuldfrage, ohne jedoch dem bekannten Hergang wesentlich neue Züge hinzuzufügen. Das Konsulatskomitee in Schanghai wird übrigens diesen Bericht auf Grund der weiteren Ereignisse fortlaufend ergänzen. Wann sich der Völkerbundsrat mit dem Bericht befassen wird, steht im Augenblick in keiner Weise fest. Mit Rücksicht auf die gegenwärtig in ein recht kritisches Stadium tretenden Verhandlungen Englands und Amerikas mit Japan hält man im Augenblick jedenfalls eine öffentliche Aussprache des Völkerbundsrats sowohl über den Schanghaier Fall als auch über den Gesamtkomplex für nicht angezeigt.

Ein Sonderbevollmächtigter der japanischen Regierung für Schanghai

Reuter meldet aus Tokio: Das Mitglied der Abgeordnetenkammer, Matsuoka, begibt sich als persönlicher Vertreter des Premierministers Inukai und des Außenministers Yoshisawa nach Schanghai, um dort mit den Vertretern der fremden Mächte engere Verbindungen herzustellen. Vor seiner Abreise wird Matsuoka Unterredungen mit den Botschaftern Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten haben.

Abweisung eines japanischen Angriffs auf Tschapei

Aus Schanghai, 8. Februar, wird gemeldet: Nach einem ruhigen Tage setzte gegen Abend das Feuergefecht wieder ein. Nach etwa drei Stunden entfernte sich der Gefechtslärm in nordöstlicher Richtung vom Bahnhof Tschapei, was auf Abweisung des japanischen Angriffes durch die Chinesen schließen läßt.

Außerordentliche japanische Heereskredite für die Operationen in Schanghai

Wie in Tokio verlautet, hat das Kabinett beschlossen, einen Kredit von vierzig Mill. Yen für die durch die Operationen von Heer und Flotte in und um Schanghai notwendig gewordenen Ausgaben bis zum Ende des am 30. März ablaufenden Rechnungsjahres bereitzustellen. Der Beschluß des Kabinetts bedarf noch der Zustimmung des Geheimen Rates. Die Summe wird voraussichtlich durch Ausgabe von Schatzanweisungen aufgebracht werden.

Vermittlungsaktion des Admirals Kelly in Schanghai

Reuter meldet aus Schanghai, 8. Febr.: Um ein friedliches Uebereinkommen zwischen den chinesischen und japanischen Streitkräften zu erleichtern, suchte Admiral Kelly hohe Zivil- und Militärbeamte auf und besprach mit ihnen die Möglichkeit des Zustandekommens von Bedingungen, die zu einer Entspannung der Lage führen würden. Einzelheiten über die Vorschläge des Admirals sind bisher nicht bekannt.

Japans Plan einer Demilitarisierung bestimmter Zonen in China

Ein Vertreter des Außenministeriums in Tokio erklärte, Japan habe die Mächte wegen seines Vorschlages, die bedeutendsten chinesischen Handelshäfen und die Mandschurei zu entmilitarisieren, noch nicht sondiert. Japans Vertreter im Auslande seien aber angewiesen worden, bei günstiger Gelegenheit die Frage zur Sprache zu bringen.

Der Vorschlag geht dahin, entmilitarisierte Zonen von 24 bis 36 Klm. Durchmesser um die wichtigsten Handelsplätze Chinas zu schaffen, besonders um Schanghai, Hankau, Tientsin, Kanton und Tsingtau. Die Mandschurei würde ebenfalls entmilitarisiert werden, ein Teil der besser disziplinierten chinesischen Truppen könnte jedoch als Polizei verwendet werden.

Eine andere Meldung aus Tokio berichtet: Ein Vertreter des Außenministeriums betonte, die von Japan befürwortete Schaffung von entmilitarisierten Zonen um die bedeutendsten chinesischen Handelshäfen würde den kriegerischen Elementen, die die Hauptschuld an den unsicheren Verhältnissen in China trügen, einen Schlag versetzen. Von dem Augenblick an, wo ihre Tätigkeit auf ländliche Gegenden beschränkt würde, würde ihnen das Handwerk gelegt werden. Die Hauptnutznießer würden die chinesischen Kaufleute sein, die dann ungestört ihren Geschäften nachgehen könnten. China würde wohl dazu veranlaßt werden können, dem japanischen Plane zuzustimmen, wenn die Mächte das Angebot machten, ihre Exterritorialität in allen Teilen Chinas außer in den fünf entmilitarisierten Städten aufzugeben. Japan beabsichtige nicht, Truppen länger in Schanghai zu lassen, als bis eine Verständigung über die Entmilitarisierung der Stadtzonen erzielt sei. Japan beabsichtige auch nicht, eine japanische Konzession in Schanghai zu schaffen.

Nanking rüstet zum Widerstand

Wie die Agentur Indopacifique aus Nanking meldet, sollen dort Flugabwehrgeschütze in Stellung gebracht worden sein. Tschiangkaischek, der sich nach Tschengschau begeben haben soll, soll erklärt haben, daß er die Regierung, ohne irgendein Amt zu bekleiden, beim Widerstand gegen japanische Angriffe unterstützen wolle.

China verlangt Einberufung einer Ratssitzung

Der chinesische Delegierte im Völkerbundsrat hat mit Bezug auf den Bericht des Schanghaier Konsularkorps beim Generalsekretär die sofortige Einberufung einer Ratssitzung zur Erörterung des Berichtes beantragt.

Die Wusung-Forts noch in Händen der Chinesen

Aus Schanghai, 8. Febr., wird berichtet: Gegen Abend hielten die Chinesen die Wusung-Forts noch besetzt. Die chinesischen und japanischen Stellungen vor Tschapei sind unverändert geblieben.

Schwere Unruhen in Kaschmir

Aus Jammu (Kaschmir) meldet das Reuterbüro: Im Distrikt von Kaschmir kam es zu Unruhen. In Spinagar griff eine etwa 4000köpfige Menge Polizei- und Steuerbeamte an, wobei ein Polizeioberwachtmeister ernsthaft verwundet wurde. 72 Verhaftungen wurden vorgenommen. In Uri war die Polizei gezwungen, auf die Menge zu schießen, die Regierungsbeamte mit Steinen bewarfen und verschiedene Beamte verletzt hatten. Durch die Schüsse der Polizei wurden zwei Personen getötet und sechs verwundet. Die Demonstranten hatten versucht, das örtliche Warenhaus zu plündern. Militärische Verstärkungen sind auf dem Wege. Auch in Handwara ging die Menge mit Schußwaffen und Aexten gegen das Warenhaus vor, wobei sie einen Polizisten erschoß. Die Menge konnte erst zerstreut werden, nachdem Militär das Feuer eröffnet hatte. Die Zahl der Opfer ist noch nicht bekannt.

Spanien will sein eigenes Hollywood haben

Die schönen Tage von Aranjuez sollen nach dem Willen ehrgeiziger spanischer Patrioten wiederkehren. Freilich nicht als ein Paradies voll höfischer Pracht, für das in der neuen Republik der Pyrenäenhalbinsel selbstverständlich kein Platz mehr ist, sondern als eine neue Heimat des Filmzaubers. Die Spanier haben ausgerechnet, daß jährlich 250 Millionen Peseten in die Kassen ausländischer Filmgesellschaften fließen und wollen nun ein eigenes Hollywood schaffen. In dem südlich der Hauptstadt gelegenen Waldtale von Aranjuez ist bereits ein Grundstück von mehr als neunzig Hektar erworben worden, auf dem unverzüglich mit dem Bau von Filmateliers begonnen werden soll. Spanische Autoren und Bühnenkünstler haben bereits ihre Unterstützung zugesagt. Der spanische Architekt Ferdinand Shaw, der die Pläne für das spanische Hollywood entworfen hat, glaubt, daß man mindestens fünf Jahre brauchen wird, um die Filmstadt aufzubauen. Zunächst sollen für fünf Millionen Peseten kleine Anteilscheine ausgegeben werden, um die für die ersten Bauten notwendigen Summen zu beschaffen.

Argentinien wird sich am Völkerbund wieder beteiligen

Im Journal de Geneve erklärt der anläßlich der Abrüstungskonferenz in Genf weilende argentinische Außenminister Posch, daß vorbehaltlich **der Entscheidung des Parlaments** Argentinien im September den Platz in der Völkerbundsversammlung wieder einnehmen werde, den es unter so unglücklichen Umständen im Jahre 1920 aufgegeben hatte. Die Entscheidung des Parlaments könne nicht zweifelhaft sein, da die völkerbundsfeindlichen Anhänger des früheren Präsidenten Irigoyen darin nur eine kleine Minderheit bildeten. Der neue Präsident Argentiniens, General Justo, sei ein entschiedener Freund der Genfer Institution.

Argentinien hat übrigens seit 1920 mit Ausnahme der beiden Amtsperioden des Präsidenten Irigoyen die Beiträge zum Völkerbund bezahlt und seine Mitgliedschaft formal nie aufgehoben.

Drei britische Flugzeuge in der syrischen Wüste verschollen

Drei britische Militärflugzeuge, die am Sonnabend wegen eines Sturmes in der syrischen Wüste niedergehen mußten, werden vermißt. Die Suche nach ihnen wird durch die riesigen Schnee- und Hagelfälle, die über ganz Syrien niedergehen, außerordentlich erschwert.

Ueber eine Million Einzeichnungen für den Hindenburg-Wahlvorschlag

Die bisher dem Hindenburg-Ausschuß gemeldeten Einzeichnungen für die Volkskandidatur Hindenburgs haben Montag abend die Zahl von einer Million überschritten.

Zwei Kinder im Auto verbrannt

In Wandsbek ereignete sich Sonntag abend, wie die Montagspost aus Hamburg meldet, ein furchtbares Brandunglück. Zwei sechsjährige Knaben waren auf dem Führersitz eines Lastkraftwagens herumgeklettert und hatten anscheinend mit Streichhölzern gespielt. Plötzlich explodierte der Benzintank des Autos, dessen Führerhäuschen gleich darauf in Flammen stand. Ehe Hilfe herbeigeeilt war, und das Feuer gelöscht werden konnte, waren die Kinder in den Flammen umgekommen.

45 Tote bei einem Wirbelsturm über den Reunions-Inseln

Die Reunions-Inseln wurden, wie das französische Kolonialministerium heute erfahren hat, durch einen Wirbelsturm von ungeheurem Ausmaße heimgesucht. Bis jetzt ist bekannt, daß er insgesamt 45 Todesopfer gefordert hat.

Al Smith kandidiert für die amerikanische Präsidentschaft

Der Reuter-Korrespondent in Newyork meldet: In den Vorbereitungen zum amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf ist ein wichtiges Ereignis zu verzeichnen. Der vormalige Gouverneur des Staates Newyork, Al Smith, der bei den Wahlen von 1928 demokratischer Kandidat war, hat mitgeteilt, daß er bereit sei, auf dem kommenden demokratischen Konvent in Chicago sich zum Kandidaten seiner Partei nominieren zu lassen. Dies bedeutet einen Vergeltungsakt von Tammany gegenüber dem früheren demokratischen Kandidaten Gouverneur Roosevelt, der bei der Untersuchung des Tammany-Skandals in der Stadt Newyork eine führende Rolle gespielt hat.

1932: Ein gutes Jahr für Radiohörer

Ein amerikanischer Astronom prophezeit allen Radiofanatikern in diesem Jahre eine große Annehmlichkeit: Es wird viel weniger Störungen im Radio-Empfang geben als in den vergangenen Jahren, weil die Sonnenflecken immer mehr abnehmen. Bereits in den letzten neun Monaten hat sich die Stärke der Radio-Uebertragungen, wie der Astronom Dr. Stetson in einem Bericht an die Amerikanische Astronomische Gesellschaft ausführt, entsprechend der Abnahme der Sonnenflecken gegenüber der vorhergehenden Zeit vervierfacht. Stetson ist der Auffassung, daß die während der Sonnenfleckenmaxima an der Sonnenfläche wütenden elektromagnetischen Stürme durch Ausschleuderung ungeheurer Elektronenstürme in der Erdatmosphäre und damit auch in den Radio-Sendungen bedeutende Störungen verursachen.

Ein Mann, der keine verschlossenen Türen verträgt

Ein Mann, der offenbar mit einer leidenschaftlichen Antipathie gegen verschlossene Türen zur Welt gekommen ist, ist der bereits zweiunddreißigmal vorbestrafte und noch nicht dreißigjährige Einbrecher Spiecker alias Freiherr von Wittgenstein. Er bricht ebenso gern in Privatwohnungen ein wie er aus Gefängniszellen ausbricht.

Kürzlich war er vom Kieler Schöffengericht wegen 77 Einbrüchen und Diebstählen zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Grund genug für ihn, in einer Nacht einen Ausbruchversuch aus dem Kieler Gefängnis zu unternehmen, der nur durch einen Zufall mißglückte. Spiecker, der bereits einmal im September 1930 mit einem anderen Sträfling als ehrbare Handwerker verkleidet am hellichten Tage aus dem Gefängnis entronnen war, war es bereits wieder gelungen, sich aus seiner Zelle zu befreien, indem er mit einem heimlich angefertigten Dietrich die schwer verschlossene Zellentür öffnete. Da er aber durch die Ankunft eines Gefangenentransportes gestört wurde, flüchtete er auf den Boden des Gefängnisses, wo er sich versteckte. Als ein Beamter zufällig die leere Zelle entdeckte, begann sofort ein eifriges Suchen, und der Ausreißer wurde bald aus seinem Versteck herausgeholt.

Spiecker ist wohl einer der abenteuerlichsten Gestalten, die je vor deutschen Gerichten gestanden haben. Fünfmal ist es ihm bereits gelungen, aus deutschen Gefängnissen und Strafanstalten zu entfliehen. Als der Staatsanwalt in der Verhandlung vor dem Schöffengericht gegen ihn fünfzehn Jahre Zuchthaus beantragte, lächelte Spiecker nur und erklärte, es habe keinen Zweck, ihn zu verurteilen, seine überlegene Intelligenz werde doch siegen.

Die Olympischen Winterspiele Irving Jaffee abermals siegreich

Die 10 000 Meter Entscheidung

Das Schneetreiben in Lake Placid hatte am Montag nachgelassen, doch hielt das stürmische Wetter weiterhin an. Trotzdem wurde der 10 000 Meter Lauf im Eisstadion entschieden. Die Teilnehmer hatten zwar in der Zielgegengerade schwer gegen den Wind anzukämpfen, sodaß die Zeiten stark beeinträchtigt wurden und weit hinter den Zweiten der Vorläufe wie auch den Bestleistungen zurückblieben. **Ergebnisse:** 10 000 Meter Eisschnellauf (Entscheidung): 1. und Olympia-Sieger Irving Jaffee (USA) 19:13,6 Min.; 2. J. Ballangrud (Norwegen) 2 Meter zurück; 3. Stack (Canada).

Die Anklagerede im Favag-Prozeß

Nach fast viermonatiger Hauptverhandlung ist der Favag-Prozeß in sein Endstadium getreten. Schon äußerlich trug die Verhandlung im großen Schwurgerichtssaal in Frankfurt (Main) am Montag das Gepräge eines besonderen Ereignisses. Nach langer Zeit waren zum ersten Male wieder alle fünf Angeklagten anwesend. Mit ihnen hatte sich der große Stab ihrer Verteidiger eingefunden, Kopf an Kopf dicht gedrängt folgte die Zuhörerschaft der spannenden Rede des Ersten Staatsanwalts Dr. Meißner. In seinem Plädoyer führte er zunächst aus, daß es sich bei diesem Prozeß um Dinge grundsätzlicher Natur handle, die mit rücksichtsloser Offenheit geklärt werden müßten. Harte Worte würden fallen müssen, wenn es gelte, das System, das bei der Favag, dem zweitgrößten deutschen Versicherungskonzern, geherrscht habe, zu charakterisieren:

ein fast unbegreifliches System der Korruption, das eine Verwirrung aller Gefühle von Recht und Moral mit sich gebracht habe.

Der Erste Staatsanwalt betonte weiter die wirtschaftlichen Folgen des Zusammenbruchs in Deutschland und wies auf die Erregung hin, die dieser Zusammenbruch auch im Auslande hervorgerufen habe. Die moralische Seite dürfe nicht außer acht gelassen werden. Bei der Favag habe sich in Umkehrung eines bekannten Wortes das Unmoralische von selbst verstanden. Auf Grund dieses Prozesses müsse der Trennungsstrich zwischen gesunder und kranker Wirtschaft gezogen werden.

Als wichtigste Lehre

des Prozesses, die an alle diejenigen gerichtet sei, die sie angehe, müsse das Wort geprägt werden:

„Nehmt Euch in acht, Ihr seid gewarnt".

Der Prozeß sei ein Torso, denn

die Hauptschuldigen seien nicht mehr am Leben oder noch nicht auf der Anklagebank.

Der vielgefürchtete Generaldirektor Dumcke, den ein Zeuge in seinem Ueberschwang einmal mit einem Gott verglichen habe, müsse als ein dunkler Ehrenmann bezeichnet werden. Ihn treffe in erster Linie die kaum meßbare Verantwortung für die wirtschaftliche Tragödie, aber auch für die mehr oder weniger große Demoralisierung des gesamten Vorstandes der Favag.

Nach Dumcke ist der aktivste zweifellos Becker gewesen. Er hat den Ruhm gehabt, als großer Finanzmann der Favag betrachtet zu werden, ein Ruhm, den er sicher nicht verdiente. Ein großer Teil der Geschäfte ist getätigt worden, um einen äußeren Anlaß zu Gewinngeschäften für den Vorstand zu schaffen. Durch ein solches System mußte die Favag in den Abgrund geführt werden.

Dumcke und Becker waren die bösen Geister des Favag-Konzerns

Der Ankläger behandelte dann die Schuld der einzelnen Angeklagten. Dann sprach er über

die Frage der Sondervergütungen,

die, wie die Verhandlungen ergeben haben,

keineswegs als üblich betrachtet

werden könne. Der Vorstand einer Aktiengesellschaft sei nur Verwalter fremder Güter, bei der Favag haben die Direktoren das Unternehmen als persönliches Eigentum betrachtet, mit dem sie glaubten, schalten und walten zu können, wie es ihnen beliebte. Das ganze bei der Favag übliche System sei unzulässig, ungesetzlich, amoralisch und korrupt gewesen.

Was die Sklareks für sich verbrauchten!

Im Sklarekprozeß stellte sich u. a. heraus, daß die Brüder Sklarek einen

großen Teil ihrer privaten Entnahmen unter dem Namen eines Kaufmannes Grünstein verbucht

hatten, der mit den Sklareks überhaupt in keinem Zahlungsverkehr stand. Späterhin haben die Sklareks zur Verschleierung ihrer Privatentnahmen einfach keine Rechnungen mehr fingiert, sondern Kassenbelege ausgeschrieben; ein Sachverständiger hat derartige Belege im Betrage von 2 139 000 RM. zur Verfügung gestellt.

Dann legte der Vorsitzende eine Zusammenstellung der Summen vor, die die Sklareks für ihren Privatbedarf dem Geschäft entnommen hatten. Betrugen diese im Jahre 1924 1 420 000 RM., so steigerten sie sich bis zum Jahre 1928 auf 2 464 000 RM., und in den ersten neun Monaten des Jahres 1929 betrugen sie sogar 2 632 000 RM. Insgesamt haben die Sklareks, wie der Vorsitzende erklärte, 11 Millionen RM., vorwiegend Stadtbankgelder, dem Geschäft entzogen.

Auf der anderen Seite sind die Sklareks aber durchaus keine eifrigen Zahler. Wie der Vorsitzende ihnen vorhält, haben sie lächerlich niedrige Steuerbeträge nicht bezahlt. So seien z. B. im Jahre 1925 500 RM. Steuern aus dem Jahre 1923 noch nicht bezahlt gewesen. Weiterhin hätten sie 1925 gebeten, die Einkommensteuer von 2000 RM. in vier Raten zahlen zu dürfen, und Einkommensteuern im Betrage von 15.000 RM. wollten die Sklareks in 10 Raten begleichen.

Wie üblich, erklärten Leo und Willi Sklarek zu all diesen Vorhaltungen des Vorsitzenden, daß solche Finanzgeschäfte nur Sache ihres Bruders Max gewesen seien.

Die weitere Verhandlung ergab, daß die Sklareks nicht nur, wie bereits gemeldet, den Finanzbehörden gegenüber, sondern auch ihren Privatgläubigern gegenüber säumige Zahler waren. Nachdem Leo Sklarek erklärt hatte, daß die Lieferanten sich trotz der lässigen Zahlungsmethoden um Weiterlieferung bemüht hätten, wurde die Verhandlung auf Donnerstag vertagt.

Direktor Goldschmidt sagt im Schultheiß-Prozeß aus

Direktor Goldschmidt, der im Schultheiß-Prozeß als Zeuge vorgeladen war, ging auf die Aktienkäufe Katzenellenbogens ein, die er für erforderlich gehalten habe, um einen beunruhigenden Kurseinbruch zu verhindern und betonte, er halte es für einen Fehler aller deutschen Wirtschaftler und Bankiers, daß sie viel zu früh mit Interventionen begonnen hätten. Als Schultheiß mit dieser Politik begonnen habe, war es allgemein öffentliche Meinung und auch Parole der Handelspresse, man müsse intervenieren. Goldschmidt erklärte, er glaube nicht, daß Katzenellenbogen eine Bank gegen die andere habe ausspielen wollen. Er sei überzeugt, er habe die besten Absichten gehabt, nur die Interessen seiner Gesellschaft wahrzunehmen. Hätte ihn Katzenellenbogen offen um Rat gefragt, so würde er empfohlen haben, nach der einmaligen Intervention den Kurs nicht sich selbst zu überlassen.

Auf eine Frage des Staatsanwalts, ob Direktor Goldschmidt es nicht für notwendig gehalten habe, in den Aufsichtsratssitzungen von den Verlusten des Danatkonsortiumgeschäftes zu sprechen, betonte Goldschmidt, daß er unbegrenztes Vertrauen zu Schultheiß und Katzenellenbogen gehabt habe.

Rattensturm in Slowenien. In der Gegend von Maribor in Slowenien richten hellgraue Riesenratten, die sogar ausgewachsene Schweine und das Hornvieh anzureifen, ungeheuren Schaden an. Die Ratten rissen dort einer ganzen Anzahl von Schweinen und Rindern so große Fetzen Fleisch aus dem Leibe, daß die Haustiere getötet werden mußten, vor allem deswegen, weil ihre Wunden infizier zu sein schienen.

Mit einer Million Dollar halb verhungert gefunden. In einem Hotel in Newyork wurde eine halbverhungerte 93jährige Frau gefunden, die in ihrem Zimmer eine Million Dollar in Schubläden, Schränken und Vasen versteckt hatte. Sie erzählte, wie sie durch Europa gereist sei und ihr ganzes Vermögen, 700 000 Dollar in Scheinen, in ihren Unterrock eingenäht hatte. Kam sie aber in das wilde Afrika, dann wickelte sie das Geld in ein Papiersäckchen und band es an ihrem Handgelenk fest, damit sie es stets fühlen könne. Sie fürchtet sich davor, arm zu werden, und fragt bei jeder Mahlzeit, wie teuer sie sei; wenn das Essen mehr als einen Dollar kostet, weigert sie sich, zu essen.

Ein „Pseudomörder" versorgt sich für den Winter. Das Gefängnis in Maria Theresiopel beherbergte fünf Monate lang einen gewissen Josef Sarnyai, der laut Selbstbezichtigung des Mordes an seiner Geliebten angeklagt war. Als die Erhebungsakten der ungarischen Behörden eintrafen, stellte es sich heraus, daß der angebliche Mörder die Tat frei erfunden hatte. Nach dem Beweggrund seiner Handlungsweise befragt, erklärte er, er habe als Stellungsloser vor dem kommenden Winter so große Angst gehabt, daß er den fingierten Mord auf sich genommen habe. Jetzt wird gegen ihn das Verfahren wegen Irreführung der Behörden eingeleitet, doch ist der „Pseudomörder" vorerst wider Willen auf freien Fuß gesetzt worden.

Die Ursache der englischen U-Boot-Katastrophe

„Daily Mail" meldet: Nach den Berichten der Taucher ist die Katastrophe des U-Bootes „M 2" anscheinend darauf zurückzuführen, daß die Tür des vor dem Kommandoturm auf dem Verdeck angebrachten Flugzeugschuppens beim Auftauchen des U-Bootes zu früh geöffnet wurde, und daß das hereinströmende Wasser den Untergang des Fahrzeuges herbeiführte.

Mutterberatungsstunde

in der Schule in Hilgen am Donnerstag, den 11. Februar, nachmittags von 2—3.15 Uhr.

Rektoratschule Burscheid

AUFNAHME

in die Sexta, Montag, den 15. Februar. Anmeldungen bis zu diesem Termine nimmt entgegen

Der Leiter: Trimpop
Mittelschulrektor

Heimarbeiterinnen

für

Lederhausschuh-Stepperei

in regelmäßigen großen Partien gesucht.

Bewerbungen unter „K K 88" an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Kleine Anzeigen

bitten wir sofort bei der Aufgabe zu bezahlen. Die mit der Verbuchung und Kontrolle solcher kleinen Beträge verbundenen Umständlichkeiten und die hohen Portogebühren für die Zusendung der Rechnungen zwingen uns, das Prinzip der Barzahlung bei den „Kleinen Anzeigen" durchzuführen.

B.V.-Geschäftsstelle.

Ordentliche, alleinstehende Frau als

Putz- und Badefrau

gesucht

Schriftliche Angebote unter „P. C. 225" an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

1- u. 2-Zentner-Säcke

sowie **Obstkraut** billig zu verkaufen bei

Karl Busch, Olmühle.

Vieh-Versicherungs-Verein Burscheid
(Auf Gegenseitigkeit)

Hiermit wird an die Zahlung des 1 Quartals erinnert. Es wird erhoben 1% von der Versicherungssumme

Um Strafe zu vermeiden, muß die Zahlung bis zum 25. Februar geleistet werden.

Der Vorstand.

Freiw. Feuerwehr
Löschzug 4 Paffenlöh.

Mittwoch, den 10. Febr. 1932, abends 9 Uhr

Hauptjahres-Versammlung

Adams, Brandmeister.

Haus

in **Burscheid Geilenbach** mit großem Obst- und Gemüsegarten ganz oder geteilt zu vermieten.

Näheres: Fernruf Düsseldorf 13861.

Im Hause Hauptstraße 62, beste Geschäftslage, ist ein

Laden-Lokal

mit einem Doppel-Schaufenster, nebst

Wohnung

billig zu vermieten.

Näheres durch Urbahn & Kotthaus, Burscheid.

Versenk-Nähmaschine

zum nähen, sticken, stopfen mit Fabrikgarantie und

Radiogerät m. Lautsprecher

(Netzanschl.) äußerst billig zu verkaufen, oder gegen guterhaltenes mittelschweres Motorrad zu vertauschen.

Näheres in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Viehmärkte vom 8. Februar 1932

	Köln	Düsseldorf	Essen	Dortmund	Elberfeld	Barmen	Aachen	Kassel
Auftrieb								
Großvieh	1156		385	600	748	92	—	199
Ochsen	312	55	25	41	176	5	15	12
Bullen	172	59	101	139	82	48	4	38
Kühe	563	178	179	582	345	5	70	74
Färsen	65	47	75	30	79	34	24	75
Fresser	24		5	8	66			—
Kälber	1299	565	591	600	302	9		183
Schafe	41	5	39	15	3	3	—	2
Schweine	4803	2761	2791	3365	2814	618	899	486
Ziegen	—		—		—		—	1
Preise								
Ochsen								
voll fl., ausgem. 1. j.	33—36	35—38	32—35	—	34—36	—	—	28—30
2. ältere	30—33	—	—	—	—	—	—	22—27
sonst. vollfl. 1. jüng.	30—33	31—34	—	28—31	30—33	—	30—32	22—27
2. ältere	25—29	28—31	27—30	—	—	—	26—28	—
fleischige	—	—	—	24—26	—	—	—	—
gering genährte	—	—	—	—	—	—	—	—
Bullen								
jüngere vollfleisch.	29—32	30—32	30—32	—	28—30	27—31	—	20
sonstige vollfleisch.	23—28	26—29	27—28	26—29	23—27	22—26	—	25—28
fleischige	—	22—25	24—26	22—25	—	—	—	20—24
gering genährte	—	—	—	—	—	—	—	—
Kühe								
jüngere vollfleisch.	30—32	29—32	29—32	23—30	29—31	—	28—30	27—29
sonst. vollfleischige	25—29	25—28	26—28	23—27	25—28	—	24—27	23—26
fleischige	20—24	21—24	22—25	20—23	18—24	—	20—23	19—22
gering genährte	—	15—20	16—20	15—19	—	—	—	15—18
Färsen								
vollfleisch. ausgem.	32—35	34—36	33—35	31—33	33—35	32—34	28—30	34
vollfleischige	26—30	30—33	30—32	28—30	25—32	26—31	23—27	26—29
fleischige	—	25—28	27—29	25—27	—	—	—	20—25
Fresser								
mäß. gen. Jungv.	20—26	—	—	—	18—23	—	—	—
Kälber								
Doppellender	50—60	—	—	—	—	—	—	—
best. Mast- u. Saugk.	38—42	38—44	40—45	43—46	41—43	—	—	35—38
mittlere M.- u. S.	32—37	30—37	32—38	35—42	35—40	—	—	30—34
geringe	26—31	20—29	22—30	25—34	25—34	—	—	24—29
Schafe								
Mastl. u. j. Masth.								
1. Weidemast	—	—	34—36	—	—	—	—	—
2. Stallmast	—	—	—	—	—	—	—	—
m. Mastl., ä. Masth.	—	—	—	—	—	—	—	—
u. out gen. Schaf	—	—	—	—	—	—	—	—
fleischiges Schafv.	28—32	—	—	—	—	—	—	—
Sauglämmer	—	—	—	—	—	—	—	—
Schweine								
a) ü. 300 Pfd. L.-G.	—	—	—	—	42—44	—	—	—
b) 240—300 Pfd.	42—45	40—44	42—44	40—42	42—44	42—44	—	38—40
c) 200—240 Pfd.	40—45	41—45	41—44	40—42	42—44	42—44	46—47	36—39
d) 160—200 Pfd.	38—42	39—44	38—40	38—41	38—41	39—42	43—45	32—38
e) 120—160 Pfd.	33—39	35—39	35—37	35—38	32—37	37—40	40—42	—
f) unter 120 Pfd.	—	—	—	—	—	—	—	—
Sauen	30—36	30—35	31—37	30—37	32—38	—	—	32—40

Geschäftsgang:

Köln. Großvieh: Beste Tiere auch noch höher bezahlt; ziemlich belebt; geräumt. Kälber: ruhig. Schafe: Ruhig. Schweine: Ruhig; leichtere Schweine fast unverkäuflich.
Düsseldorf. Großvieh: Mittel. Kälber: Langsam. Schweine: Mittel.
Essen. In allen Gattungen: Ruhig.
Dortmund. Großvieh: Ruhig; geräumt. Kälber: Langsam; geräumt. Schweine: Anfangs rege, später abflauend; geräumt.
Elberfeld. Großvieh: Langsam, zum Schluß abflauend; voraussichtlich kein Ueberstand. Kälber: Langsam. Schweine: Mittel.
Barmen. Großvieh: Schleppend; Ueberstand. Schweine: Mittel; geräumt.
Aachen. Großvieh: Langsam; geräumt. Schweine: Langsam; geräumt.
Kassel. In allen Gattungen: Sehr langsam; leichte Schweine schwer verkäuflich.

Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht-, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben. — Als Unterschied zwischen Stallpreis und Marktpreis sind angemessen bei Rindern 20 Prozent, bei Kälbern und Schafen 18 Prozent, bei Schweinen 16 Prozent. — Bei Schweinen L.-G. = Lebendgewicht.

Bergischer Volksbote

Burscheider Zeitung

Nr. 33 2. Blatt — Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid — Dienstag, den 9. Februar 1932

Gruß ans Vierpfennigstück

An Experimenten hat es uns in den letzten Jahren nicht gefehlt. Gefehlt hat uns bisher aber das 4-Pfennig-Stück. Vermißt hat man es zwar nicht. Nun kommt es.

Wieviel Hoffnungen man darauf setzen will, ist jedem selbst überlassen, denn so etwas wird man nicht gut amtlich vorschreiben oder durch einen Steuerbescheid einfordern können. Wenn sich mehr erfüllt, als man zu hoffen wagt, um so besser für uns und zugleich wahrscheinlich Anlaß, die baldige Beseitigung des 4-Pfennig-Stückes zu betreiben, weil es dann ja schon wieder unnötig geworden ist.

Zunächst kann man so liebenswürdig, als es geht, den Gedanken nachhängen, die sich durch Vergleich ergeben. So kann man sich der Einrichtung erinnern, daß man bei Zigarettenpackungen 10 Stück sagte, aber nur 9 meinte, will heißen, 10 zahlte, aber nur 9 bekam. Es gab damals viel Kopfschütteln, aber „eingeführt" wurde doch, bis man — und das hat gar nicht lange gedauert — durch Erfahrungen belehrt worden war, daß es „so rum" nicht recht geht.

Ob es mit dem 4-Pfennig-Stück auch so wird? Prophet sein ist eine undankbare Aufgabe. Aber es ist möglich, daß man sich bald wieder auf das glatte Dezimalsystem zurückzieht, das sich noch immer als einigermaßen solid erwiesen hat.

Etwas sehr Gutes kann indes dieses 4-Pfennig-Stück haben. Es lehrt wieder, genauer zu rechnen, es zwingt uns gewissenmaßen den Wert des Pfennigs auf, den unsere Vorfahren ganz anders einschätzten als wir. Dafür haben sie es aber auch „bloß" zu Wohlstand gebracht. Wenn das neue 4-Pfennig-Stück der Anfang dazu ist, dem deutschen Volke insgesamt wieder einigen Wohlstand zu schaffen, dann soll es uns sehr willkommen sein.

Die Einzeichnungslisten
für den Wahlvorschlag Hindenburg

liegen bis Samstag, den 13. Februar, in unserer Geschäftsstelle, Mittelstraße 10 (Toreingang) aus. Die Einzeichnung kann täglich in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends von jedem Wahlberechtigten vorgenommen werden, gleichgültig, ob er Bezieher des „Bergischen Volksboten" ist oder nicht. Ein besonderer Ausweis ist nicht erforderlich. Die Eintragungen werden von der Stadtverwaltung daraufhin nachgeprüft, ob die Einzeichner wahlberechtigt sind.

Wir weisen nochmals darauf hin, daß unsere Zeitung, die die Leser unparteiisch über alle Vorgänge des öffentlichen Lebens zu unterrichten bestrebt ist und ihre Anhänger in allen Parteilagern und in allen Schichten der Bevölkerung hat, gebeten worden ist, Listen zur Eintragung für den Wahlvorschlag Hindenburg aufzulegen.

Städtekampf der Schachgemeinschaft

Die erste Runde des 3. Städtekampfes der SSL an 34 Brettern wurde im Gasthof H. Bender, Opladen, ausgetragen. Es fehlten wieder, wie leider bei solchen Kämpfen, eine ganze Reihe starker Spieler, auf beiden Seiten. So traten die Wiesdorf-Manforter u. a. ohne Jahn, Kühn, Zeh, Lorenz, Breuer und Asselborn an, wogegen bei ihren Gegnern außer den gesamten Burscheidern einschl. Kuhlen u. a. auch Fr. Seibold und Offermann fehlten.

Der Kampf selbst war in seinem Ablauf nicht sehr spannend, da die Wiesdorf-Manforter, wie bei der letzten Runde im vorigen Jahre, in der sie auch die weißen Steine an allen Brettern hatten von vorneherein scharf in Führung gingen, ohne sie wieder abzugeben. Um 12 Uhr, nach zweistündigem Spiel, stand der Kampf 11:6, um 1 Uhr 14:10 und nach Schluß der regulären Spielzeit um 2 Uhr 19:13. Zwei Partien mußten abgeschätzt werden. Sie brachten jedoch den beiden Gegnern noch einen Punkt, so daß die Wiesdorf-Manforter sich mit dem Gesamtergebnis von 20:14 Punkten einen schönen Vorsprung für die zweite Runde gesichert haben.

Die zweite Runde des 3. Städtekampfes wird am Sonntag, den 21. Februar, morgens 9,15 Uhr, im Gasthof Jak. Steinacker, Leverkusen-Wiesdorf, Kölner Str. 49, ausgetragen. An ihr können auch die Spieler teilnehmen, die in der ersten Runde nicht mit dabei waren.

Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Anmeldungen zum 3. Einzelmeisterschafts-Turnier der SSL, das am Dienstag, den 16. Februar, beginnt, bis spätestens Mittwoch, den 10. Februar, an die Turnierleitung, z. H. von Herrn Fr. Frey, Opladen, Wilhelmstraße 31, erfolgt sein müssen. Spätere Anmeldungen laufen Gefahr, unberücksichtigt zu bleiben.

Der Kurszettel der Hausfrau

Industrie 3.20; Spinat 5.50—6.50; Feldsalat 9.80—14.40; Wirsing gelb 1—1.80; Wirsing grün 1.90—2.80; Rotkohl 1.50—1.90; Dauerrotkohl 2—3.30; Dauerweißkohl 1.50—1.80; Rosenkohl 7.90—9.20; Grünkohl 0.80—1.50; Zwiebel 12—12.50; Möhren 2.20—2.50; Rote Beete 2.30—2.60; Weiße Rüben 2; Sellerie 1. Sorte 5.80—11.30; Sellerie 2. Sorte 2—5.50; Porree 1 Sorte 0.80—1.50; Porree 2. Sorte 0.30—0.70.

Tendenz: Anfuhr stark. Nachfrage gut.

Aus der Heimat

Jahreshauptversammlung der Paffenlöher Feuerwehr

Wie aus dem Anzeigenteil der vorliegenden Ausgabe ersichtlich ist, findet am morgigen Mittwoch, den 10. Februar, abends 9 Uhr, die Jahreshauptversammlung der Freiwilligen Feuerwehr Burscheid, Löschzug 4 Paffenlöh, statt.

Mit einem gestohlenen Motorrad verunglückt

In der Nacht zum Montag wurde einem hiesigen Einwohner, der sein Motorrad in einer Opladener Garage untergestellt hatte, nach gewaltsamen Aufbrechen der Garage dasselbe gestohlen. Der Verdacht richtete sich auf einen 18jährigen Lehrling, der auch tatsächlich das Motorrad gestohlen und damit eine Spritztour unternommen hatte, wobei er in der Ortschaft Trompete stürzte und sich schwere Verletzungen zuzog, die seine Ueberführung ins Krankenhaus notwendig machten. Das Motorrad, das schwer beschädigt ist, wurde sichergestellt.

Will der Winter sich einstellen?

Die Wettervorhersagen, die davon sprachen, daß Schnee in der Luft hänge, haben recht behalten. Schon den ganzen Rosenmontag über herrschte eine schneeige Luft, die in den Abendstunden dann auch wirklich Schnee brachte.

Lange werden wir aber hiervon keine Freude haben, denn schon in den Straßen hat sich der Schnee zu dem bekannten Matsch verwandelt. Lediglich die weniger begangenen Wege und vor allem das Feld da draußen haben ihr weißes Kleid behalten.

Wie lange diese Herrlichkeit dauern wird, ist eine Frage, die noch nicht beantwortet werden kann.

Aus dem Wermelskirchener Polizeibericht

Zwei Personen aus der Gemeinde Burscheid wurden angezeigt, weil sie bei der Dunkelheit auf nicht beleuchteten Fahrrädern fuhren.

Gegen einen Kraftfahrer aus Burscheid wurde ein Strafverfahren wegen Zuwiderhandlung gegen die Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen eingeleitet.

Auflösung der Maurerzwangsinnung

Von dem seit längerer Zeit in Gang befindlichen Bestrebungen auf Auflösung der Maurer-Zwangsinnung für den unteren Kreis Solingen berichteten wir bereits kürzlich. In der letzten Sitzung stand die gleiche Angelegenheit zur Beratung. Das von der Regierung empfohlene Normalstatut für die Innungen wurde angenommen. Da man mit der Auflösung der Innung rechnet, wurde die Beitragshöhe nicht geändert. Für den 1. März wurde eine außerordentliche Generalversammlung anberaumt, die über die Auflösung entscheiden soll. Ist diese Versammlung nicht beschlußfähig, dann soll eine endgültig entscheidende Versammlung am 8. März stattfinden. Um ihr Stimmrecht ausüben zu können, müssen die mit den Beiträgen im Rückstand befindlichen Mitglieder Stundung beantragen.

Seinen Verletzungen erlegen

Der am Sonntagmorgen an der Straßenkreuzung Haupt-Viktoria-Altenberger-Höhestraße schwer verunglückte 18jährige Franz Hanenberg aus Opladen ist am heutigen Morgen im hiesigen Krankenhause seinen schweren Verletzungen erlegen.

Durch das Ableben des Motorradführers ist die Feststellung der Ursache dieses schweren Motorradunglücks erschwert worden.

In dem Befinden des verletzten Josef Kutscher, nicht Gustav, wie wir gestern berichteten, aus Opladen ist eine weitere Besserung eingetreten.

Amtsgerichtsrat Braunfisch †

Von einem langen, schweren und tückischen Leiden wurde Sonntag abend der Opladener Amtsgerichtsrat V. Braunfisch erlöst. Ueber ein Jahr war er ans Krankenlager gefesselt und auch eine vorgenommene Operation vermochte ihm keine Heilung mehr zu bringen. Ueber 20 lange Jahre, seit dem 1. Juni 1910 war Amtsgerichtsrat Braunfisch am Opladener Amtsgericht tätig. Den größten Teil dieser Zeit bearbeitete der Vorstorbene die Zivilprozeßangelegenheiten. In den letzten Jahren leitete er als Einzelrichter die Strafsachen. In seiner dienstlichen Tätigkeit lernten wir den Verewigten als peinlich gewissenhaften Juristen kennen. Stets war es sein höchstes Bestreben, die objektive Wahrheit zu erforschen und auch seine gefällten Urteile ließen menschliche Güte und menschliches Verstehen für die Schwächen der Mitmenschen erkennen.

Gute Beschickung der Westdeutschen Möbelmesse

Zur Westdeutschen Möbelmesse in Köln (8. bis 10. April) haben sich bis jetzt schon mehr Ausstellerfirmen angemeldet als zur gleichen Zeit bei den früheren Möbelmessen in Köln. Die für die Messe vorgesehenen Ausstellungsräume sind bereits schon voll belegt, sodaß eine Erweiterung der Messe vorgenommen werden muß. Besonders stark ist wieder die Beteiligung der westfälischen Möbelindustrie (Herford, Löhne, Gütersloh, Melle, Lippe-Detmold usw.). Neben führenden rheinischen Firmen haben sich ferner viele Aussteller aus Süd- und Südwestdeutschland, aber auch aus Norddeutschland angemeldet. Den wirtschaft-

Es macht die Not erfinderisch

Es ist nicht wahr — die Not der Zeit macht die Menschen nicht böse und schlecht (von Einzelfällen, die es immer geben wird, abgesehen), im Gegenteil, sie bringt es fertig, die guten Eigenschaften herauszuholen aus der schlummernden Tiefe, die Hilfsbereitschaft, das Mitgefühl für den Nächsten zu wecken und — die Not macht den Menschen auch erfinderisch, nicht nur für sich selbst, sondern auch im Nachdenken für die andern.

Jeder Tag bringt uns Beweise: Die erfreulichen Erfolge der öffentlichen Sammlungen, der Winterhilfe, der Spendensegen, der aus allen Teilen des Volkes sich sammelt für die Aermsten der Armen, sind ebenso beredte Zeugen des Mitempfindens und der Hilfsbereitschaft wie die vielen, vielen Vorschläge, die täglich aus dem Publikum zu den Hilfsorganisationen gelangen. Es ist interessant und auch erfreulich, wie viele sich ernsthaft Gedanken machen über unseres Volkes Schicksal und nach Wegen sinnen, alle diejenigen, die auch nur ein klein wenig mithelfen können, zur Mitarbeit am gemeinsamen Unterstützungswerk heranzuziehen.

Ein neuer sehr vielversprechender Weg wurde gefunden in der Volkswohllotterie zugunsten der Winterhilfe. Hier ist ein Gedanke, der wirklich neu und psychologisch richtig ist: Jeder kauft sich gern ein Los für eine Mark, wenn die schönsten Wert- und Barpreise winken. Was gibt es da nicht alles zu gewinnen: Eine vollständig eingerichtete Fünf-Zimmer-Villa, mehrere Landhäuser, Weltreisen (I. Klasse), Autos, Motorräder usw. usf., kurz, alles, was das Herz begehrt. Besonders wichtig und vernünftig: Jeder Preis wird auf Wunsch in Höhe von 90 Prozent des Wertes in barem Gelde ausbezahlt!

Bei solchen Chancen greift hoffentlich ein jeder zu und, wo er außerdem noch weiß, daß er mit jedem Volkswohl-Los die Winterhilfe stärkt, nimmt er vielleicht sogar mehrere Lose, denn er steigert seine Gewinnchance und spendet doppelt oder vielfach. Und er tut recht daran!

Politik belastet den Stellenmarkt

Nach den Beobachtungen der kaufmännischen Stellenvermittlung des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes verschärften die zollpolitischen Kampfmaßnahmen wichtiger Absatzländer das uneinheitliche, durch die Dezembernotverordnung beunruhigte Weihnachtsgeschäft — das bisher keine bedeutenden Nachbestellungen zur Auffüllung der Läger brachte — und die innen- und außenpolitische Unsicherheit den Stellenmarkt. Die Verschiebung der Lausanner Konferenz wirft bereits ihre Schatten auf die Gestaltung der Arbeitsmarktlage im Februar, denn Ankündigungen weiteren Abbaues sind bereits erfolgt.

Der Bewerberzugang kam aus allen Wirtschaftszweigen und -Gebieten, besonders aus der Metall- und Maschinenindustrie. Textilindustrie und -Großhandel sind durch die Zollschwierigkeiten schwach beschäftigt. Bemerkenswert ist, daß die Fabrikation von Textilwaren zu einem Teil in das Ausland verlegt wird, um die Zollschranken zu umgehen. Durch das Osthilfe-Zahlungsmoratorium ist die Landwirtschafts-Maschinenindustrie benachteiligt und schreitet zu Entlassungen, die großen Umfang annehmen. Im Speditions- und Schiffahrtsgewerbe wurden Entlassungen vorgenommen, in der Stahlindustrie weitere Kurzarbeit eingeführt. Das Baugewerbe und die Baustoffindustrie liegen außerordentlich still. Die Inventurausverkäufe vermochten keinen Auftrieb zu geben, da sie im ganzen Reiche uneinheitlich ausfielen. Im Einzelhandel wird daher über die weitere Kaufkraftverschlechterung und über die Zurückhaltung der Käufer, die die Beendigung der Preissenkungsaktion abwartet, geklagt. Im Nahrungsmittelgewerbe und in wenigen Bergbaugebieten sind Rückrufe von Kündigungen bezw. schwache Neueinstellungen erfolgt. Die Grenzgänger, die im Saar- und badisch-schweizerischem Grenzgebiet arbeiteten, erhalten keine Aufenthaltsgenehmigungen mehr.

Die Lage auf dem kaufmännischen Stellenmarkt wird gekennzeichnet durch die Andrangsziffer 107,2 Bewerber auf eine neugemeldete Stelle im Januar 1932, gegenüber 85,0 im Dezember und 83,9 im November und 34,7 im Januar 1931.

15. Februar Ausgleichssteuer

Am 15. Februar 1932 treten drei Aenderungen auf dem Gebiete der Umsatzsteuer in Kraft. Zunächst wird von diesem Tage ab die Ausgleichssteuer auf das Einbringen von Gegenständen in das Inland erhoben, soweit die Gegenstände nicht auf einer neu aufgestellten Freiliste 1 aufgeführt sind. Bei der Aufstellung der Freiliste 1 war maßgebend, daß tunlichst geschlossene Warengruppen aufgenommen wurden, die für die deutsche Wirtschaft unbedingt erforderliche Roh- und Hilfsstoffe darstellen.

Vom 15. Februar 1932 ab gilt das Umsatzsteuergesetz nicht mehr in den Zollausschüssen sowie in den Freibezirken Stettin und Altona. Daher sind künftig Lieferungen vom Inlande in diese Gebiete, z. B. in den Freihäfen von Hamburg oder Bremen, wie Lieferungen in das Ausland steuerfrei.

Vom 15. Februar 1932 ab wird die Ausgleichssteuer, wenn in das Inland eingebrachte Gegenstände ohne Be- oder Verarbeitung wieder eingeführt werden, im Rahmen der Ausfuhrhändler-Vergütung mitvergütet.

Aus der Gemeinde Odenthal

Kind überfahren

Sonntag nachmittag vor Eintritt der Dunkelheit ereignete sich auf der Provinziallandstraße ein Unglücksfall. Ein Bürger aus Leverkusen-Schlebusch kam mit zwei Kindern vom Scherfbachtale her auf Odenthal zu. An der Gefahrenecke an der Volksschule Odenthal ereignete sich nun der Unglücksfall. An der Einbiegung der Straße in die Provinzialstraße wurde ein etwa 10—12jähriger Junge von einem Personenwagen aus Barmen, der von Schildgen herkam, angefahren. Durch den Sturz erlitt der Junge einen Beinbruch sowie noch andere kleinere Verletzungen, sodaß er ins Krankenhaus Schlebusch überführt werden mußte.

---

lichen Verhältnissen und dem Zeitgeschmack entsprechend, werden diesmal auf der Messe Luxusmöbel weniger vertreten sein, dafür treten praktische Gebrauchsmöbel für Wohn- und Schlafzimmer und Küchen in den Vordergrund.

Abraupen der Bäume und Vertilgung der Raupennester

Das Abraupen der Bäume, Sträucher und Hecken, sowie das Verbrennen und Vertilgen der Raupennester und Gespinste ist bis spätestens zum 10. März 1932 vorzunehmen. Im Interesse unseres heimischen Erwerbsobstbaues ist es Pflicht eines jeden Obstzüchters, die Schädlinge nach Kräften zu bekämpfen. Ein Erfolg dieser Bekämpfung ist aber nur dann zu erwarten, wenn sich alle Obstzüchter daran beteiligen. Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß Zuwiderhandelnde mit Geldstrafe bis zu 150 RM oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft werden.

Das Versorgungsamt Deutz wird aufgelöst

Der Reichsarbeitsminister hat seine Einwilligung dazu erteilt, daß im Rahmen der aus Ersparnisgründen notwendigen Herabsetzung der Zahl der Versorgungsämter mit Wirkung vom 1. April dieses Jahres das Versorgungsamt Deutz aufzulösen ist und seine Arbeiten dem Versorgungsamt Köln übertragen werden.

Hengstnachkörung am 12. Februar 1932 in Köln

Die Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz veranstaltet am 12. Februar um 10 Uhr vormittags in Köln (Messegelände) eine Hengstnachkörung. Nach den bisher vorliegenden Anmeldungen werden 30—40 Hengste zur Körung vorgeführt. Es handelt sich um Hengste aus allen bewährten Blutlinien Rheinlands.

Den Interessenten, die noch einen Hengst anzukaufen beabsichtigen, bietet sich hier günstige Kaufgelegenheit. Sämtliche Hengste werden durch Vertrauenstierärzte der Landwirtschaftskammer auf Augen und Atemfehler untersucht, sodaß für den Käufer Gewähr geboten ist, nur einwandfreies Material anzukaufen.

Was die Hindenburgspende bisher geleistet hat

Dem soeben erschienenen Jahresbericht der von dem Herrn Reichspräsidenten im Jahre 1927 errichteten Stiftung Hindenburg-Spende, deren Vorsitz er selbst führt, entnehmen wir folgendes: Seit ihrer Begründung hat die Stiftung vorzugsweise an Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und Veteranen bisher 4 916 000 Mark ausgegeben. Insgesamt wurden aus diesem Betrag 26 270 Personen mit zum Teil erheblichen Beträgen unterstützt. Im Jahre 1931 gab die Stiftung an Unterstützungen 999 000 Mark aus und half daraus in 4631 Fällen Veteranen, Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebene. Die Unkosten beliefen sich im Jahre 1931 auf nur 9478 Mk.

Devisen für ausländische Nachnahmen

Die Handelskammer Düsseldorf weist darauf hin, daß zur Einlösung von Nachnahmesendungen im Post- und Güterverkehr aus dem Auslande oder dem Saargebiet die Genehmigung der Devisenwirtschaftsstelle notwendig ist. Firmen, die eine allgemeine Genehmigung besitzen, haben die Zahlungen für die Nachnahmesendungen auf ihren Höchstbetrag anzurechnen.

Die Zulassung der Jungärzte

Die Wohlfahrts-Korrespondenz schreibt:

Die Veröffentlichungen über das neue Arztrecht haben bei einem Teil der Jungärzte unangebrachte Hoffnungen erweckt. Viele Aerzte meinen, daß sie nun ohne weiteres zur Kassenpraxis zugelassen seien. In einer westdeutschen Großstadt hat die Reichsnotgemeinschaft deutscher Aerzte sogar bekanntgegeben, daß sie eine entsprechende Anzeige in den Tageszeitungen veröffentlichen werde. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß auch die ausnahmsweise Zulassung von Jungärzten nur in einem ordnungsmäßigen Zulassungsverfahren durch das Schiedsamt beim Oberversicherungsamt erfolgen kann. Das Verfahren kann aber erst in Gang gesetzt werden, wenn die Schiedsämter nach dem neuen Recht eingesetzt sind und arbeiten. Die bisher bestehenden Zulassungsausschüsse sind aufgehoben und können infolgedessen keine Zulassungen mehr aussprechen. Auch die einzelnen Krankenkassen sind nicht berechtigt, von sich aus Jungärzte anzunehmen. Die Zulassung ist nicht mehr auf die Kassen, sondern auf die Zulassungsbezirke abgestellt.

Aus Westdeutschland

Polizeibeamter macht in Notwehr von der Waffe Gebrauch

Düsseldorf, 9. Febr. In der Nacht von Rosenmontag zum Dienstag gegen 12,30 Uhr erschoß in der Grabenstraße ein Polizeibeamter in Zivil einen Mann in Notwehr. Der Beamte, der sich auf einer Streife befand, kam gerade dazu, als ein Kellner von zwei Personen belästigt wurde. Als der Polizeibeamte die beiden Täter zur Rede stellen wollte, zogen diese ihre Messer und drangen auf den Beamten ein, der daraufhin von seiner Schußwaffe Gebrauch machte und einen der Täter niederschoß. Der zweite Beteiligte wurde festgenommen.

Der Rosenmontag in Köln

Köln, 9. Febr. Karneval — Rosenmontag — im Notjahr 1932 in Köln, der Stadt des Karnevals, verdient er überhaupt seinen Namen? Es scheint, als passe er nicht mehr in unsere Zeit. Ist es nicht ein kümmerliches Haschen nach ein bißchen Sensation dieses Geschiebe und Gedränge auf den Straßen, diese Liliput-Rosenmontagszüge von Varietees und einigen Unentwegten? In keinem Blick die vernarrte Begeisterung, die sonst jeden echten Kölner erfaßte, wenn Prinz Karneval auf schwankendem Wagen durch die Straßen tollte. Einige originelle Masken bewegen sich privatissime durch die Menge, im übrigen herrschen Kinder, pritschenbewaffnete Pennäler und Lyzeumsschülerinnen vor. Die Straßenhändler, die sonst am frühen Nachmittag längst vom Rosenmontagszug verschlungen waren, haben schlechtes Geschäft. Lange stehen sie mit ihren Vorräten, die ihnen kein Mensch abkauft. Trostlos sieht es in den Gaststätten aus. Wo in früheren Jahren kein Stuhl mehr zu bekommen war, gähnt heute eine erschreckende Leere, sogar in den beliebtesten Kölschen Bierlokalen. Auf den karnevalistischen Veranstaltungen hält man sich in den Gängen auf, da man es nicht wagt, sich auf einen Stuhl zu setzen, um nichts verzehren zu müssen. Das ist kein Karneval. „Not" steht in ehernen Lettern an den Marken unserer Tage wie ein unzerbrechliches Gesetz, dem wir uns eben zu fügen haben.

Ein unerfreulicher Karnevalsscherz

Köln, 9. Febr. Das Faschingstreiben, das sich in der Nacht zum Montag auf den Straßen Kölns abspielte, machte es Einbrechern möglich, einem Ladeninhaber in der Altstadt einen allerdings unerfreulichen Streich zu spielen. Mit den neuesten Einbruchswerkzeugen ausgerüstet, drangen sie in den Laden, der ganz in der Nähe einer Gaststätte liegt, ein und nahmen für etwa 7000 Mark Waren mit. Die Diebe müssen schließlich aber doch gestört worden sein, denn sie ließen einen Teil der ausgesuchten Sachen und eine Menge Werkzeug liegen.

Feuersbrunst machte dem Fasching ein Ende

Liblar b. Köln, 9. Febr. In der Montagnacht, kurz nach Beendigeng eines Maskenballes, brach in einem hiesigen Tanzlokal eine Feuersbrunst aus, die das ganze Gebäude zerstörte. Da es sich um einen Holzbau handelt, war bereits nichts mehr zu retten, als die Feuerwehr eintraf. Das gesamte Inventar ist ebenfalls verbrannt.

Beim Rangieren tödlich verunglückt

Bergheim (Erft), 9. Febr. Montagmorgen geriet auf dem hiesigen Bahnhof beim Rangieren ein 35 Jahre alter Schlosser zwischen die Puffer zweier Wagen. Er wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht, wo er kurz nach der Einlieferung starb.

Schwere Schlägerei.

Köln, 8. Februar. Nachts entstand in einer Gastwirtschaft auf dem Blaubach eine Schlägerei, in deren Verlauf mehrere Schüsse abgegeben wurden. Ein 28jähriger Arbeiter aus der Färbergasse erhielt einen Schuß in die rechte Brustseite. Nach Angaben von Zeugen hat der Wirt den Schuß abgegeben.

Zahlreiche Einbrüche und Diebstähle.

Köln, 8. Februar. Nachts drangen Einbrecher in ein Büro auf dem Hansaring ein. Mit einem Schweißapparat öffneten sie einen Geldschrank, mußten aber die Feststellung machen, daß nicht ein Pfennig im Schrank vorhanden war. — Bei einem Wohnungseinbruch auf dem Holzmarkt wurden Kleider und Wäsche gestohlen. — Aus einer Möbelhandlung in der Sternengasse haben unbekannte Täter eine ganze Kücheneinrichtung herausgeholt. An mehreren Stellen wurden auch wieder Schaufenstereinbrüche ausgeführt, wobei die Diebe gute Beute machten.

Wieder ein Schmuggler angeschossen.

Aachen, 8. Februar. Bei dem Gut Grauenhof in der Nähe von Aachen-Forst wurde ein 20jähriger Schmuggler aus Stolberg von Zollbeamten gestellt, der auf seinem Rade ein schweres Paket mit sich führte. Der junge Mann beachtete die Haltrufe und Warnungsschüsse der Beamten nicht, so daß diese schließlich scharf schossen und dem Schmuggler einen Steckschuß in die Wade beibrachten. In dem Paket fand man 5½ Kilogramm Kaffee, 4 Kilogramm Zucker, 2 Kilogramm Mehl und eine größere Menge Tabak.

Fastenhirtenschreiben des Bischofs von Limburg.

Limburg, 8. Februar. Der diesjährige Fastenhirtenbrief des Bischofs von Limburg, der von den Kanzeln der Kirchen verlesen wurde, behandelt im Anschluß an den vorjährigen, über die Bedeutung des Kreuzopfers und seine Erneuerung auf den Altären die heiligen Evangelien als das vom Heiligen Geist gezeichnete Lebensbild Jesu Christi, ihre Erhabenheit in ihrem Inhalt und Ursprung.

Raubüberfall auf eine Lebensmittelfiliale.

Herten, 8. Februar. Zwei unbekannte Männer drangen in die Filiale der Rheinisch-Westfälischen Lebensmittelvertriebsgesellschaft in der Augustastraße ein. Einer der Räuber sprang sofort an die Ladenkasse, während der andere an der Türe stehen blieb und die anwesenden Kunden mit einem Revolver in Schach hielt. Die Kasse war kurze Zeit vorher geleert, und so fielen den Räubern nur 30 Mark in die Hände.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Sie freuten sich nicht lange ihrer Beute

Leverkusen, 9. Febr. Aus einer Parterrewohnung des Hauses Karl-Leverkusstraße 78, wurde ein Kästchen mit Schmucksachen und Ausweispapieren gestohlen. Die Täter waren von der Straße aus an das offenstehende Fenster geklettert und haben das auf einer Nachtkonsole stehende Kästchen an sich genommen. Sie konnten sich aber nicht lange ihres Besitzes erfreuen. Als sie nämlich einen Ring verkaufen wollten, wurden sie von der Kriminalpolizei gestellt und festgenommen. Bei den Tätern handelt es sich um zwei Erwerbslose von hier.

Unverbesserlicher Paletotmarder

Leverkusen, 9. Febr. Vor einigen Tagen berichteten wir bereits über die Ermittlung eines Paletotmarders, der zu seiner Entschuldigung angegeben hatte, daß ihm früher auch einmal ein solches Kleidungsstück gestohlen worden sei. Derselbe Mann stahl jetzt wieder einen Mantel aus einem Tanzlokal in Dünnwald. Er wurde in Schlebusch festgenommen und dem Amtsgericht in Opladen vorgeführt.

Gerissene Schwindlerin

Leverkusen, 9. Febr. Eine Gaunerin, die sich ihre Opfer unter den Unfallrentenbeziehern aussuchte, trieb hier ihr Unwesen. Sie versteht in geschickter Weise, den Leuten von der angeblichen Auflösung eines Haushalts einer ihr bekannten Familie in Stammheim zu erzählen. Wenn die Leute den Wunsch äußern, etwas von den überaus billigen Gegenständen zu erwerben, erbietet sich die Fremde sofort zur Besorgung der Sachen. Mit der geforderten Anzahlung verschwindet sie dann auf Nimmerwiedersehen.

Fußgänger durch Motorradfahrer schwer verletzt

Langenfeld, 9. Febr. Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich am Sonntagabend in der Hildener Straße in Richrath. Der Motorradfahrer E. aus Düsseldorf kam von Hilden. Er führte auf dem Soziussitz eine junge Dame mit. Der Arbeiter Josef Sch. befand sich auf dem Wege nach Hilden. Sch. wurde von dem Motorradfahrer angefahren. Die Verletzungen waren derart, daß sich seine sofortige Aufnahme ins Krankenhaus notwendig machte. Die junge Dame erlitt ebenfalls Verletzungen.

Die Ulmen sterben

Langenfeld, 9. Febr. Zu beiden Seiten des Lieferantenweges der Anstalt Galkhausen befanden sich seit einer Reihe von Jahren prächtig gewachsene Ulmen. Die Ulmen zeigten jedoch plötzlich die rätselhafte Ulmenkrankheit und mußten daher vor einiger Zeit umgelegt werden. Man hoffte, wenigstens die Ulmen in den Parkanlagen vor der Krankheit zu retten. Aber auch dies war nicht möglich. Vor einigen Tagen wurde die letzte Ulme in den Parkanlagen ebenfalls umgelegt.

Wer lieben will muß leiden

Hitdorf, 9. Febr. In der Nacht von Freitag zu Samstag bemerkte ein hiesiger Einwohner in seinem Garten eine verdächtige Gestalt. Er bewaffnete sich mit einem Stock und ging in den Garten. Bei seinem Näherkommen suchte die Person eiligst das Weite. Er verfolgte sie und verabreichte ihr ein paar derbe Schläge. Erst an den Hilferufen gewahrte der Mann, daß er eine Frau vor sich hatte. Er benachrichtigte sofort die Polizei, die jedoch feststellen mußte, daß es sich hier nicht um einen Diebstahl, sondern um ein kleines Stelldichein handelte. Leider war der Liebhaber nicht erschienen.

Hochbetagter Veteran

Dabringhausen, 9. Febr. Am kommenden Donnerstag kann Herr Julius Nippel in Limmringhausen seinen 90. Geburtstag feiern. Der betagte Herr ist körperlich wie auch geistig noch sehr rege.

Burg beantragt Staatsbeihilfe

Burg, 9. Febr. In einer nichtöffentlichen Sitzung gab der Bürgermeister den Stadtverordneten einen Ueberblick über die Gemeindefinanzen. Die Finanzlage muß als ungünstig angesehen werden, da die Steuern hinter dem Voranschlag zurückbleiben und die Ausgaben für die Unterstützungsempfänger stark gestiegen sind. Die Stadtverordneten beschlossen, einen Antrag auf Gewährung einer Staatsbeihilfe bei der Regierung zu stellen.

Diebe am Werk

Hückeswagen, 9. Febr. Ein dreister Einbruchsversuch wurde bei dem Radio- und Fahrradgeschäft Wüstenhagen in der Peterstraße verübt. Die Einbrecher fuhren, wie die Spuren deutlich erkennen ließen, mit einem Auto eine Strecke über den Bürgersteig bis vor das betreffende Geschäft. Hier stellten sich einige Einbrecher auf den Wagen und drückten das Oberlicht herunter. Als hier jedoch nichts von den Fensterauslagen zu entwenden war, stellte man den Motor stark an, und in diesem Lärm wurde das runde Seitenfenster eingeschlagen. Allem Anschein nach müssen die Diebe doch verscheucht worden sein, denn sie verließen das Feld ohne etwas mitzunehmen.

Bausparkassen-Reinigung

Unter den noch rund 300 Bausparkassen wird die kürzlich begonnene Musterung in allernächster Zeit fortgesetzt werden. Man rechnet damit, daß eine weitere Anzahl von Kassen der Fortsetzung der Reinigungsaktion zum Opfer fallen wird. Der Beirat für Bausparkassen beim Reichsaufsichtsamt soll in diesen Tagen zu einer Plenarsitzung zusammentreten. Man wird anerkennen müssen, daß das Aufsichtsamt hier verhältnismäßig schnelle Arbeit leistet, wobei zu fordern ist, daß die Zulassung von Bausparunternehmungen nur bei absolut einwandfreier Handhabung des Geschäftsbetriebs und bei Nachwuchs der unbedenklich zureichenden finanziellen Grundlage erfolgen darf. In Anbetracht der großen Kapitalknappheit und der Schmälerung der Einkommenbezüge breiter Schichten scheinen, so schreibt der „Bau-Kurier", die finanziellen Aussichten selbst gesunder Bausparunternehmungen im Augenblick nicht gerade rosig zu sein. Es sei kein Geheimnis, daß sogar von größeren Unternehmungen dieser Art Kredite in beträchtlicher Höhe in Anspruch genommen sind, oder noch gesucht werden. Hier liegen Gefahren, an denen das Reichsaufsichtsamt bei der Prüfung des Gesamtkomplexes des Bausparwesens nicht vorübergehen dürfe.

Eine weitere Sorge bildet das künftige Schicksal der Sparer solcher Kassen, die durch Spruch des Aufsichtsamtes von der weiteren Geschäftstätigung ausgeschlossen sind. Für diese Sparer muß die Möglichkeit einer Ueberleitung in andere Bausparerorganisationen evtl. auf dem Wege über ein Auffangsystem geschaffen werden. Jedenfalls wird man die weiteren Maßnahmen des Aufsichtsamtes in allen interessierten Kreisen mit Spannung erwarten dürfen.

Zahlen zur Bauwirtschaft

Die durchschnittliche Ausnutzung der Betriebe in den deutschen Baustoffindustrien betrug Anfang 1931 nur 22 Prozent.

Die Zahl der Wohnungsbaubeginne ist im 1. Halbjahr 1931 um rund 388,7 Prozent hinter der Inangriffnahme von Wohnungsbauten für den gleichen Zeitraum 1930 und um rund 51,3 Prozent für den gleichen Zeitraum 1929 zurückgeblieben.

Im ersten Halbjahr 1931 entfielen von den fertiggestellten Wohnungen: a) auf Kleinwohnungen (1—3 Wohnräume) 53,6 Prozent; b) auf Mittelwohnungen (4—6 Wohnräume) 44,6 Prozent; c) auf Großwohnungen (über 6 Wohnräume) 1,8 Prozent.

Das Neueste

Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen hat im Januar erneut zugenommen und beträgt in den Städten über 25 000 Einwohner 1 195 000 gegenüber 1 108 000 im Dezember.

Ein Brand hat in den heutigen frühen Morgenstunden die umfangreichen Anlagen der Panela-Holz AG, Spezialfabrik für Holzveredlung, in Swinemünde völlig in Schutt gelegt. Bei dem heftigen Sturm und der gewaltigen Ausdehnung des Feuers waren die Feuerwehren von Swinemünde und Umgebung sowie mehrere Kompagnien Marinetruppen dem verheerenden Element gegenüber machtlos. Der Gebäude- und Materialschaden wird auf eine halbe Million geschätzt. Die Brandursache ist noch nicht geklärt.

Reuter meldet aus Genf, daß man den Besprechungen des deutschen Reichskanzlers mit dem englischen Außenminister, mit Tardieu und Grandi größte Bedeutung beimessen könnte. Es bestände Grund zur Annahme, daß die Tributfrage besprochen worden sei.

Die Rede des englischen Außenministers Simon in Genf wird in der englischen Presse im allgemeinen gebilligt.

In der japanischen Kabinettssitzung am Montag-Abend wurden weitere Truppenentsendungen nach Schanghai erörtert. Finanzminister Takahaschi hat seinen Rücktritt angedroht, wenn die Entsendungen durchgeführt werden sollten, da die hierfür notwendigen Ausgaben nicht tragbar seien.

Die Japaner haben angeblich die Angriffe auf die Wusung-Forts aufgegeben, da die Besetzung der Forts nach ihren Angaben für sie keine militärische Bedeutung mehr habe. Auch ein Teil des Dorfes Wusung befindet sich noch im Besitz der Chinesen.

Die japanischen Truppen in Tietsin besetzten am Montag vorübergehend die Eingeborenenstadt.

Eine radikale Ungeziefer-Kur.

Olpe, 9. Februar. Ein Landwirt aus Benolpe wollte seine Kuh durch eine radikale Ungeziefervertilgungskur säubern. Er rieb das Tier von oben bis unten mit Petroleum ein und steckte sich dabei unvorsichtigerweise eine Pfeife an. Im Nu stand das Tier in hellen Flammen. Es wurde so schwer verletzt, daß es eingehen dürfte.

Betrug an Arbeitslosen.

Ein niederträchtiger Schwindler.

Recklinghausen, 9. Februar.

Vor einiger Zeit hatte die holländische Kriminalpolizei in Amsterdam ein groß angelegtes Schwindelunternehmen aufgedeckt. In verschiedenen westdeutschen Blättern war eine Anzeige erschienen, nach der eine holländische Firma, die den merkwürdigen deutsch-holländischen Namen „Nederlandsche Hoch-, Tief-, Hafen- und Kanalbau zu Amsterdam" trug, deutsche Landarbeiter, Handwerker und Techniker suchte. Die Bewerber wurden aufgefordert, 50 Pfennige an eine angegebene Adresse in Amsterdam einzusenden. Die Nachforschungen ergaben, daß eine solche Firma gar nicht besteht und daß der „Firmeninhaber" lediglich

Besitzer eines kleinen möblierten Zimmers

war. Nahezu 2000 Einschreibebriefe, Zahlkarten usw. waren von deutschen Arbeitslosen an seine Adresse eingegangen. Hunderte von Arbeitslosen waren zudem durch die Aussicht, endlich Arbeit zu bekommen, angelockt, zu Rad und zu Fuß persönlich nach Amsterdam gekommen. Einige Zeit nach dem Verschwinden des sauberen Burschen aus Amsterdam tauchte in Köln ein „Rheinischer Anzeigen- und Inseratenvertrieb" auf. Der Inhaber dieser Scheinfirma ist ohne Zweifel der aus Amsterdam geflüchtete Betrüger. Allein in Bottrop sind 169 Personen auf die Anzeige hereingefallen. Bei dem Schwindler, der bisher noch nicht erwischt werden konnte, soll es sich um einen gewissen Georg Baum aus Saarbrücken handeln.

Das Wetter von heute und morgen

Im Nordosten strenger, im Nordwesten mäßiger Frost, im Süden und Südwesten meist stärker bewölkt mit lebhaften Schneefällen, im übrigen Reich zeitweise heiter und vorwiegend trocken.

Noch keine Terminfestsetzung für den Pforte-Prozeß.

Hagen, 8. Februar. Die Annahme, daß in den nächsten 14 Tagen die Verhandlung gegen den früheren Generaldirektor Pforte stattfindet, bestätigt sich nicht. Der Verteidiger Pfortes hat dem Gericht mitgeteilt, daß Pforte krank sei und einen vierwöchigen Erholungsurlaub antreten müsse. Außerdem hat der Oberstaatsanwalt die Absicht, die Sache vor der Großen Strafkammer als erste Instanz verhandeln zu lassen. Bis jetzt sind 11 Zeugen geladen.

18 Zentner Tabak geschmuggelt.

Dortmund, 9. Februar. Zu der Nachricht über die Aushebung eines großen Schmugglernestes in Dortmund teilt die Zollfahndungsstelle noch mit, daß bis jetzt der Schmuggel von 1812 Pfund Feinschnitt-Tabak nachgewiesen ist. Von dieser Menge konnten auf Grund des bei den festgenommenen Personen vorgefundenen Schriftmaterials 812 Pfund in Dortmund, Lütgendortmund und in einer Bauernwirtschaft bei Kevelaer beschlagnahmt werden.

Freigewerkschaftliche Bergarbeiterkonferenz.

Bochum, 8. Februar.

Auf der Reichskonferenz des freigewerkschaftlichen Bergarbeiterverbandes in Bochum wies der Bergarbeiterführer Schwarz-Saarbrücken darauf hin, daß die Bergarbeiter im Saargebiet in der Regel nur 15 bis 16 Schichten im Monat verfahren können. Prozentual gerechnet sei die Arbeitslosigkeit im Saargebiet noch stärker als im Reich. Die Schuld an diesen Verhältnissen trage teilweise die französische Wirtschaftspolitik, die die saarländischen Lebensinteressen zurzeit sehr mißachte. Die Saarbergarbeiter sehnen dringend den Tag herbei, an dem sie wieder Deutschland eingegliedert würden. — Ueber die bisherigen Erfahrungen mit dem Krümpersystem im niederschlesischen Bergbau berichtete Bezirksleiter Hoffmann. Nach seinen Ausführungen sind hierdurch 1864 Bergarbeiter in Niederschlesien in Arbeit geblieben. Die beurlaubten Bergarbeiter besitzen, wie der Berichterstatter mitteilte, einen Kündigungsschutz, der willkürliche Entlassungen unmöglich macht.

Die nicht wiederkehrten

Vermißte und unbekannte Tote in Westfalen.

Recklinghausen, 9. Februar.

Eine im besten Sinne soziale Arbeit der Kriminalpolizei ist die Ermittlung Vermißter und die Feststellung der Persönlichkeit unbekannter Toter. Nachrichtensammelstelle für Vermißte und unbekannte Tote für die Provinz Westfalen ist die Landeskriminalpolizeistelle beim Polizeipräsidium Recklinghausen. Im Laufe des Jahres 1931 wurden dieser Provinzial-Nachrichtensammelstelle 319 männliche und 96 weibliche Personen als vermißt gemeldet. Von diesen Vermißten wurden 28 als Leichen aufgefunden. Fünf junge Burschen

traten in die Fremdenlegion

ein und vier wurden im Ausland aufgespürt. Neun Vermißte landeten schließlich in Gefängnissen, 275 wurden anderweitig festgestellt bezw. sind zurückgekehrt. Danach blieben noch 94 im Jahre 1931 vermißte Personen zu ermitteln. Es ist aber nicht anzunehmen, daß diese noch sämtlich vermißt werden. Sehr oft unterlassen es die Angehörigen, die Rückkehr eines Vermißten der Polizei mitzuteilen. Selbstverständlich werden in allen Fällen die polizeilichen Nachforschungen fortgesetzt.

Arbeiternot im Saarland

Die untätige Regierungskommission.

Saarbrücken, 8. Februar.

Auf der Revierkonferenz des Gewerkvereins Christlicher Bergarbeiter wurde nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Kuhnen über die Verhältnisse im Saarbergbau eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Durch die Eingliederung des Saargebiets in das französische Zollgebiet sind der Saarbevölkerung durch die Preisgestaltung große Nachteile entstanden. Die Arbeiterschaft ist nicht mehr in der Lage,

ihren nackten Lebensunterhalt

zu bestreiten. Die Konferenz bedauert außerdem, daß die Regierungskommission bis jetzt nicht die geeigneten Maßnahmen getroffen hat, um eine Aenderung des heutigen Zustandes herbeizuführen. Es wird von der Regierungskommission gefordert, daß sie die entsprechenden Schritte unternimmt, um eine Verbilligung der Lebenshaltung zu erwirken. Eine Anzahl wichtiger Lebensmittel sind im Saargebiet bis zu 50 Prozent teurer als in Deutschland. Wir fordern von der Regierungskommission: 1. Ausreichende Versorgung mit allen lebenswichtigen Bedarfsartikeln, 2. Vollkommene Aufhebung der Zölle für Waren des täglichen Bedarfs, 3. Herabsetzung der Zollsätze im allgemeinen, 4. Herabsetzung der Mieten für Neubauten, 5. Außerkraftsetzung aller Mietverträge für gewerbliche Räume, da heute vielfach die Mieten für diese Räume preisverteuernd wirken.

Dr. Brüning sprach in Genf

In der heutigen Vollsitzung der Abrüstungskonferenz in Genf sprachen der amerikanische Vertreter Gibson und um 11 Uhr der deutsche Reichsaußenminister, Reichskanzler Dr. Brüning. Wir lassen die Reden inhaltlich hier folgen:

Botschafter Gibson

Der stellvertretende Führer der amerikanischen Delegation Botschafter Gibson führte auf der heutigen Versammlung der Abrüstungskonferenz aus, Amerika werde nichts unversucht lassen, um tatsächlich einen Fortschritt in der Beschränkung und Herabsetzung der Rüstungen zu erzielen. Man müsse kleinliche Sonderinteressen vergessen und auf eine großzügige Zusammenarbeit hinstreben. Amerika halte die gegenwärtigen Ausgaben der Welt für Rüstungszwecke für unmöglich und unentschuldbar.

Niemand könne bestreiten, daß diese Rüstungen nicht nur die Folge sondern auch die Ursache der gegenwärtigen politischen Unsicherheit sind. Niemand könne bezweifeln, daß sie nicht nur zum wirtschaftlichen Niedergang beitragen, sondern den Weltfrieden ernstlich bedrohen.

Das amerikanische Volk betrachte die Fortdauer dieser Zustände als ein Versagen der Staatsmänner. Die Zeit sei vorüber, wo die Weltvölker dieses Versagen lange ruhig mitansähen. Das Wettrüsten und die Militärbündnisse, seit Jahrhunderten in Europa üblich, seien nicht imstande gewesen, den Frieden zu erhalten, sondern hätten im Gegenteil Kriege hervorgerufen, unter deren Folgen es heute noch leide. Die amerikanische Regierung habe keinen neuen allumfassenden Plan in der Abrüstungsfrage, aber sie befürworte eine Anzahl wichtiger Punkte.

Der amerikanische Botschafter legte dann in neun Punkten das amerikanische Abrüstungsprogramm vor:

1. Behandlung der Abrüstungsfrage auf der Grundlage des Abkommensentwurfs als alleinige Verhandlungsgrundlage unter Berücksichtigung aller anderen Vorschläge.
2. Verlängerung des Washingtoner und Londoner Flottenabkommens, insbesondere durch Beitritt Frankreichs und Italiens.
3. Prozentuale Herabsetzung der in den Washingtoner und Londoner Flottenabkommen festgesetzten Tonnagen.
4. Völlige Abschaffung der U-Boote.
5. Schutz der Zivilbevölkerung gegen Waffenangriffe.
6. Vollständige Abschaffung des Gas- und chemischen Krieges.
7. Besondere Beschränkungen für Tanks, schwere Geschütze und alle Waffen, besonders offensiven Charakters.
8. Prüfung der Herabsetzung der Heeresausgaben.
9. Herabsetzung des aktiven Rüstungsstandes der Länder auf einer Grundlage, die mit der nationalen Verteidigung vereinbar ist.

Gibson hatte sehr starken Beifall, der sich nach der französischen Uebersetzung noch steigerte.

Brünings Erklärung zur Abrüstungsfrage

Kurze Inhaltsangabe

Die große Rede des Reichskanzlers zur Abrüstungsfrage gab eine lückenlose Aufklärung über den deutschen Abrüstungsstandpunkt. Die Rede behandelte in ihrem ersten Teil die moralische Verpflichtung der Welt, die Abrüstungskonferenz auf der Grundlage völlig gleicher Rechte und Pflichten durchzuführen. In dem freiwilligen Entschluß, die allgemeine Abrüstung anzubahnen, die neben einer großzügigen und entschlossenen Liquidierung der finanziellen und wirtschaftlichen Rechte bestände, könne die Abrüstung als die große Aufgabe der Gegenwart bezeichnet werden, die allein die Menschheit zu neuem Aufstieg emporführen könne. Der Reichskanzler stellte mit Nachdruck fest, daß die jetzige Kriegsgeneration aus dem persönlichen Erlebnis des Weltkrieges ganz besonders berufen sei, diese Aufgabe zu lösen. Brüning wies dann auf die Erklärungen eines leitenden amerikanischen Staatsmannes — gemeint ist wohl Hoover — hin, der erklärt hätte, daß das internationale Vertrauen nicht auf Furcht, sondern nur auf gutem Willen aufgebaut werden könne, und unterstrich mit großer Entschiedenheit die Botschaft Mussolinis, eine gänzliche Abrüstung auf der Grundlage der Gegenseitigkeit herbeizuführen. Er wies sodann auf die katastrophale Notlage der Welt, die sich in keinem Lande so furchtbar auswirke wie in Deutschland, und die zweifellos vor allem auf den politischen Zahlungen und in übertriebenen ungleichen Rüstungen beruhe. Der Reichskanzler richtete einen Appell an alle Mächte, den Mut zur Verwirklichung der feierlich gegebenen Zusagen zu finden.

Im zweiten Teil meldete der Reichskanzler feierlich den deutschen Rechtsanspruch auf die allgemeine Abrüstung und die Erfüllung der Deutschland im Versailler Vertrage gegebenen Zusagen, sowie durch die im Völkerbundspakt geschaffenen Verpflichtungen zur allgemeinen Abrüstung an. Nichts könne die Abrüstungskonferenz von der Verantwortung freisprechen, wenn sie scheitern sollte. Die deutsche Regierung und das deutsche Volk forderten nach der eigenen Entwaffnung die allgemeine Abrüstung, auf die Deutschland einen rechtlichen und moralischen Anspruch habe. Brüning lehnte dann den Abkommensentwurf als Grundlage der Besprechungen ab, da er nicht den Erfordernissen einer wirklichen Abrüstung entspreche und führte die deutschen Vorschläge an, die für eine allgemeine und wirksame Herabsetzung der Rüstungen praktische Wege öffnen sollen. Der Kanzler wandte sich hierauf mit Recht gegen die französischen Vorschläge, die als eine Umgehung des Konferenzzieles bezeichnet werden und die auf den pflichtgemäßen Widerstand aller Verantwortlichen stoßen.

Ueber die deutschen Vorschläge führte Reichskanzler Dr. Brüning u. a. folgendes wörtlich aus:

Das deutsche Volk erwartet von dieser Konferenz die Lösung des Problems der allgemeinen Abrüstung auf dem Boden der Gleichberechtigung und auf der Grundlage gleicher Sicherheit für alle Völker. Unsere Delegierten sind beauftragt, mit aller Energie die Verwirklichung dieses Zieles zu betreiben. Die deutsche Delegation kann aber zum Ausgangspunkt der praktischen Arbeit nicht den Konventionsentwurf nehmen, den die vorbereitende Kommission ausgearbeitet hat. Dieser Entwurf entspricht nicht den Erfordernissen des Tages. Er ist lückenhaft und schweigt über wesentliche Punkte.

Die deutsche Delegation behält sich vor, zur gegebenen Zeit der Konferenz Vorschläge zu unterbreiten, die diesem Mangel abhelfen. Ziel dieser Vorschläge wird es sein, der allgemeinen und wirksamen Herabsetzung der Rüstungen praktische Wege zu eröffnen und dem in neuen Vertragsentwürfen, insbesondere dem Kelloggpakt, erfolgten Verzicht auf den Krieg durch Verbot und besondere Beschränkung aller Waffen Rechnung zu tragen. Nur solche Maßnahmen, die Kern und Wesen der Rüstungen treffen, können das letzte Ziel dieser Konferenz verwirklichen: Allen Staaten ihr Recht auf gleicher Sicherheit zu gewährleisten.

Der Kanzler schloß mit der feierlichen Erklärung, daß Deutschland als vollberechtigtes und vollverpflichtetes Mitglied des Völkerbundes mit allem Nachdruck für eine allgemeine Abrüstung unter Mitarbeit aller Mitglieder des Völkerbundes eintrete und ein gleiches Maß von Sicherheit für alle Völker fordere.

Unterschleife auf einer Posthilfsstelle.

Dinslaken, 9. Februar. Bei einer Revision der Posthilfsstelle Börde-Holtzhausen wurden Unregelmäßigkeiten entdeckt. Die geschickt verdeckten Unterschleifen kamen dadurch an den Tag, daß eine Firma nach dem Verbleib eines Geldbetrages forschte, der ihr überwiesen worden war. Bisher sind etwa 800 Mark unterschlagene Postgelder festgestellt worden. Die Posthilfsstelle wurde bis auf Weiteres geschlossen.

Vom Lebensmittelmarkt.

Essen, 8. Februar.

Das Kartoffelgeschäft verlief bei kleinen Umsätzen sehr still. Nur Sandboden-Industrie war zum Wochenende etwas besser gefragt. Infolge der geringeren Zufuhren setzte sich trotz schwacher Nachfrage eine leichte Preisbefestigung durch. Es konnten 5 bis 10 Pfennig je Zentner mehr durchgeholt werden. Das Exportgeschäft bot keine Anregung, dürfte aber in 8 bis 14 Tagen wieder in Gang kommen. Bei Saatkartoffeln verhielt man sich im allgemeinen noch abwartend. Frühe Sorten waren gefragt. Die Kartoffelpreise stellten sich für Industrie fr. Rbrst. von Hannover-Altmark auf 3 bis 3,10 Reichsmark, von Thüringen-Magdeburg auf 2,80 bis 2,90 Reichsmark und vom rheinischen Oberland auf 2,90 bis 3,10 Reichsmark. Angebot und Nachfrage von weißen Feldkartoffeln blieben gering.

Auf den Gemüsemärkten

ließ die durch das milde Wetter bedingte

reichliche Anlieferung und die schlechte Nachfrage noch keine nennenswerte Erholung aufkommen. Für einige Gemüsearten brachte allerdings der Versand nach Nord-, Mittel- und Süddeutschland eine gewisse Entlastung. Das Ueberangebot von Rotkohl fand schwierigen Absatz, während Weiß- und Wirsingkohl bei gleicher Preislage besser abgingen. Blumenkohl mußte infolge größerer Zufuhr bei sehr langsamem Geschäft zum Wochenende wieder nachgeben. Für Rosenkohl war die Tendenz etwas fester, während Grünkohl ganz gedrückt lag. Auch der französische Kopfsalat konnte sich trotz geringem Angebot nicht behaupten. Dagegen waren Endivien- und Feldsalat befestigt. Auch bei Spinat hielt die freundlichere Stimmung an. Kanarische Tomaten waren weiter abgeschwächt. Gleichfalls Zwiebeln. Wurzelgemüse fand besseren Abgang.

Im Apfelgeschäft

setzte sich die stetige Marktentwicklung fort. Tafeläpfel, wovon besonders Boskoop gesucht war, wie auch Wirtschaftsobst wurden gut gefragt. Die stärker zugeführten amerikanischen Aepfel und Birnen fanden dank ihrer Preisermäßigung besseren Absatz als früher. Der Apfelsinenmarkt lag bei größerem Angebot und schleppendem Geschäft etwas schwächer. Auch Mandarinen waren trotz Preisnachlaß vernachlässigt.

Turnen - Spiel - Sport

Eichenkreuz-Verband Neuenhaus

Handball

Das vorsonntägliche Meisterschaftsspiel zwischen Nadevormwald und Neuenhaus stand auf einem sportlich hohen Niveau, welches in seiner Schnelligkeit alle Erwartungen übertraf, zumal beide Mannschaften nach dem Wechsel zur Hochform aufliefen und das äußerst interessante harte Treffen erst mit dem Schlußpfiff, der Neuenhaus mit 3:2 Toren als Sieger sah, entschieden wurde. Dagegen mußte die Jugendmannschaft gegen die körperlich schwerere Mannschaft des Gegners eine 1:6-Niederlage hinnehmen.

Vom Büchertisch

„Künstler am Rundfunk"

Ein Taschenalbum für die Leser der illustrierten Rundfunk-Programm-Zeitschrift „Der Deutsche Rundfunk" — 256 Seiten stark, mit 230 Abbildungen. Ausgeführt in künstlerischem Kupfertiefdruck mit zweifarbigem Kartonumschlag, 1932. Verlag Rothgießer & Diesing AG, Berlin N 24.

Bei der Herausgabe dieses Albums, das der Verlag für die Leser der Zeitschrift „Der Deutsche Rundfunk" bestimmt hat, ist von der durchaus richtigen Voraussetzung ausgegangen worden, daß der Rundfunkteilnehmer Interesse daran hat, seine Rundfunklieblinge, deren Darbietungen er immer hört, auch einmal im Bild vor sich zu sehen. Deshalb sind in diesem Album die im besten Kupfertiefdruck wiedergegebenen Abbildungen von etwa 230 der in ganz Deutschland bekannten Rundfunk-Künstler enthalten und übersichtlich geordnet. Die zu den Abbildungen zugehörigen Informationen über die Künstler mit Daten aus deren Leben usw. gestalten das Album außerordentlich reizvoll und fesselnd.

„Rauch an der Ruhr",

der durch die Stadt Essen preisgekrönte Roman von Felix Wilh. Beielstein beginnt im Märzheft von Velhagen & Klasings Monatsheften zu erscheinen. Es ist das erste große Werk des nunmehr vor die breiteste Oeffentlichkeit tretenden Dichters. Er stammt aus Dortmund, war Ingenieur und hat seit dem Spruch des Preisgerichts in vielen Städten des Industriereviers vorgetragen und vorgelesen. Man sieht gerade bei uns dem Roman mit großer Spannung entgegen, steht er doch, wie es heißt, nach Darstellung und Auffassung in scharfem Widerspruch zu anderen, reportagehaften Versuchen, den Sinn unserer Arbeit, den Willen unserer Menschen, die Seele unserer Landschaft zu gestalten.

Das Gift der Lästerzungen

— Die Frau des Spielers — Führe uns nicht in Versuchung — In der Welt des Scheins — Die andere Frau — Strandgut des Lebens und andere packende, erschütternde Lebensromane enthält die soeben erschienene Nummer 31 der bekannten und beliebten Zeitschrift „Wahre Romane" (Verlag Dr. Selle-Eysler AG, Berlin SW 68). Der Umfang der Zeitschrift wurde jetzt um 25 Prozent verstärkt. Der reich illustrierte Band ist für 50 Pfg. überall zu haben.

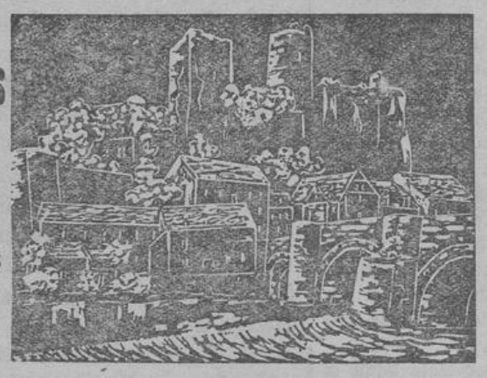
Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. der Unterhaltungsbeilage

Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.
Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10

Im Gutshaus von Mahlow

Roman von Gert Rothberg

Copyright by Feuchtwanger Halle/Saale



18

Der Brief war fünf Seiten lang, aber Horst las doch immer wieder nur die ersten Zeilen.

Also weiterhin die Kette, die er sich selbst geschmiedet! Es wäre unehrenhaft, Ellen jetzt zu verlassen, denn Mister Svenson schien seinen Entschluß ausführen zu wollen. Oder er hatte ihn bereits ausgeführt. In einer gemütlichen Stunde, bei einem Glase Wein, hatte er Horst nämlich verraten, was er vorhatte.

Nun, wenn er des Alleinseins müde war, konnte man ihm schließlich eine zweite Ehe doch nicht verübeln? Ellen war da entschieden falscher Ansicht.

Horst dachte, daß er überhaupt sehr wenig von seiner zukünftigen Frau und deren Vater wisse.

Dann mußte er lächeln. Auf was für Gedanken der Mensch kam, wenn ihn ein zerrissenes Inneres ruhelos werden ließ.

Ruhelos! Das war er geworden! Wenn auch seine Angehörigen und seine Leute sicherlich keine Ahnung davon hatten. Aber es war so!

Er allein wußte, wie oft er noch gegen Mitternacht einen wilden Ritt auf dem Fuchs unternahm. Bei Mondschein preschte er auf den einsamen Waldwegen dahin. Einmal war ein Wanderbursche gekommen. Der hatte sich entsetzt bekreuzigt, weil er ihn vielleicht für den leibhaftigen Bösen gehalten hatte.

Auf den Stufen, die zur kleinen Jagdhalle hinaufführten, stand die Mutter. Ihr gütiges Gesicht sah aus dem dunklen Trauergewand blaß und alt hervor. Ganz allein stand sie hier und wartete auf ihn.

Eine tiefe Dankbarkeit erfüllte ihn plötzlich gegen diese Frau, die ihm stets und immer eine wahre Mutter gewesen war. Er beugte sich über ihre Hand und küßte sie.

„Mutter, ich danke dir für das, was du im alten Mahlow immer gewesen bist: der gute Geist!"

Ihre Hände strichen über sein dunkles, glänzendes Haar. Leise sagte sie:

„Du bist mein Kind, genau wie die andern. Und ich bete für dich jeden Abend, daß du glücklich und zufrieden werden mögest."

„Ich danke dir, Mutter."

* * *

Eine Woche später flatterte ihm wieder das längliche rosa Kuvert auf den Tisch.

Ellen schrieb:

„Heute bitte ich Dich, mich freizugeben — unsere Verlobung in aller Form zu lösen. Es mit der nötigen Rücksicht zu tun, bitte ich nicht. Ich traue Dir keine Geschmacklosigkeit zu. Schicke mir meine Sachen ins ‚Adlon'.

Ellen."

Kein Gruß, nicht einmal ein gutes Wort an seine Mutter, die ihr doch nur Gutes erwiesen und jederzeit lieb zu ihr gewesen war.

Horst Mahlow stand auf. Es fiel etwas ab von ihm. Etwas Drückendes, Schweres, das er die ganze letzte Zeit mit sich herumgetragen.

Frei!

Er grübelte nicht darüber nach, was Ellen nun zu diesem Entschluß getrieben. Es war ja auch alles so gleich, so nichtig. Er war frei! Dieses Bewußtsein überwog jede Frage.

Das Schicksal aber beantwortete ihm diese Frage, ohne daß er sie gestellt. Das Schicksal hatte es so bestimmt, daß niemand je erfuhr, wie weit das Brautpaar sich entfremdet hatte.

Horst hielt eines Tages einen Brief in der Hand, in dem ihm die Freunde Ellens mitteilten, daß Ellen auf einem Morgenritt im Tiergarten mit dem Pferd gestürzt und zwei Stunden später in der Klinik Professor Hellbauers verschieden sei. Sie hätten Mister Svenson auch verständigt, der natürlich nicht kommen könne. Die Zeit bis zur Beerdigung sei ja viel zu kurz. Man erwarte ihn, Horst Mahlow, in Berlin im „Adlon" und stelle sich ihm ganz und gar zur Verfügung.

Horst blickte auf diese Zeilen nieder. War das wirklich wahr, daß Ellen tot sein konnte? So schnell und so grausam hatte der Tod sie hinweggerafft? Sie, die so sehr am Leben gehangen hatte?

Ein großes Mitleid war in ihm. Was aber sollte er in diesem traurigen Falle tun? Er besaß keinerlei Rechte mehr, irgend etwas zu bestimmen. Auf der anderen Seite schienen die Amerikaner im „Adlon" aber keine Ahnung zu haben, daß Ellen ihre Verlobung mit ihm gelöst hatte.

Nach einigem Ueberlegen entschloß er sich, doch nach Berlin zu reisen.

Frau Mahlow reichte ihrem Stiefsohn beide Hände, als er ihr die Kunde brachte.

„Horst?"

„Ja, Mama, es ist sehr traurig, daß Ellen schon so jung sterben mußte. Doch es ist alles Bestimmung."

Sie wußte noch nichts von seiner gelösten Verlobung. Aus diesem Grunde stand wohl auch diese Frage in ihren Augen, die sie nicht laut werden lassen wollte.

Horst beantwortete sie ihr auch so.

„Verzeih, Mama, daß du etwas sehr Wichtiges erst heute von mir erfährst. Meine Verlobung mit Ellen ist vor kurzem gelöst worden. In beiderseitigem Einverständnis! Weiter kann ich dir leider nichts darüber sagen. Genügt es dir auch so, Mama?"

Es war ihm, als atme neben ihm die Mutter erleichtert auf. Eine Fremde, mochte sie denken, ein Menschenkind, das wir gekannt haben!

„Ich fahre hin. Ihre amerikanischen Freunde haben mich darum gebeten", sagte er fest.

„Ja, Horst! Tue es! Vielleicht kannst du ihr noch irgend etwas Gutes tun."

Sie saßen dann noch lange beisammen, ohne daß sie viel miteinander gesprochen hätten. Fritz blieb jetzt viele Stunden in der Stadt bei einem Freunde, wo sie sich gemeinsam auf ihr Abitur vorbereiteten. Und Dorette hatte jetzt auch wieder den Verkehr mit einigen Freundinnen aufgenommen. Die Mutter hatte es so gewünscht.

„Sie ist ja viel zu jung, um immer bei mir, einer alten Frau, hocken zu können."

So kam es, daß Dorette jetzt nicht allzuviel daheim war.

Horst lächelte, wenn er kam und der schöne kleine Vogel war wieder ausgeflogen. Es sah so nach Zufall aus, doch Horst wußte, daß es Absicht war.

Die Mutter sah ihn an und lächelte auch. Sie verstanden sich ja so gut!

An diesem Abend aber blieb Horst länger als sonst, und als das Auto aus Varrenhof vorfuhr und Dorette nach Hause brachte, da stand er neben der Mutter auf der Terrasse. Hell beleuchtete die Bogenlampe sein schönes, dunkles Gesicht.

Dorette sah ihn und zuckte zusammen.

„Was hast du denn?" fragte Lisa Varren und legte den Arm um die Freundin.

Lisas Bruder, ein hübscher, schlanker Ingenieur, half den beiden Mädchen galant beim Aussteigen.

Er nahm aus dem Wagen einen großen Strauß dunkler Rosen und überreichte ihn Dorette. Und sein hübsches, intelligentes Gesicht war ganz rot geworden.

Die Mutter sah es im Schein der Lampe. Und auch Horst hatte es bemerkt. Ein harter Zug legte sich um seinen Mund, über das ganze Gesicht.

Die Geschwister Varren begrüßten jetzt Horst Mahlow und seine Mutter herzlich. Sie richteten Grüße von daheim aus und baten für Donnerstag zu einem Kaffeestündchen.

Horst wechselte einen kurzen Blick mit seiner Mutter, dann sagte er:

„Wir danken sehr für die liebenswürdige Einladung, wir können ihr jedoch keine Folge leisten. Meine Braut ist in Berlin tödlich verunglückt."

Sie standen fassungslos vor dieser Tatsache, die jungen fröhlichen Geschwister aus Varrenhof. Dorette aber stand regungslos unter dem Eindruck dieser furchtbaren Ungeheuerlichkeit.

Horsts Augen brannten auf dem jungen, liebreizenden Gesicht.

Die Geschwister Varren hatten sich gefaßt und sprachen ihr Beileid aus. Dann verabschiedeten sie sich rasch.

Dorette schmiegte sich an die Mutter. Es war ihr unmöglich, dem Bruder einige Worte zu sagen. Erst drinnen im Wohnzimmer sah sie ihm in das ernste Gesicht und sagte leise:

„Wie traurig ist das alles! In Mahlow wird es nie mehr hell und schön. Wie das nur kommt? Wenn doch Vater noch da wäre."

„Ja, Vater fehlt uns allen. Wir werden ihn nie vergessen."

Horst blieb noch eine Viertelstunde, dann ging er. Und die Mutter und Dorette begleiteten ihn noch ein ganzes Stück. Doch weiter als bis zur kleinen Pforte an der hinteren Parkmauer ließ er sie nicht mit. Er wartete dann auch noch eine ganze Weile, bis er die Hunde hörte, die vom Hause hergejagt kamen.

Regungslos stand der Mann und hörte auf Dorettes weiche, zärtliche Stimme.

Dann ging er endlich weiter, neben seinem Pferde her, um es drüben auf dem breiten Wege zu besteigen und nach Sandersheim zu reiten. Aber er sah immer den jungen Varren vor sich, wie er Dorette die Blumen überreichte.

Und Ingenieur Varren war jung! Paßte viel besser zu Dorette als er, Horst! Wäre es ein Wunder, wenn sie den blonden Jungen lieben würde? Und — wäre es nicht ganz folgerichtig der weitere Verlauf seines eigenen, unerbittlichen Schicksals gewesen?

* * *

Daheim in Mahlow nahm die Mutter Dorette noch mit in ihr Zimmer.

„Dorette, Horsts Verlobung war seit kurzem in beiderseitigem Einverständnis gelöst. Du sollst es wissen. Doch sprich zu keinem Menschen darüber. Die arme Ellen ist tot, und es hat niemand das Recht, jetzt noch ein Wort gegen sie zu sagen. Und was würden die Menschen erst alles reden und tuscheln und vermuten, wenn sie eine Ahnung von der Wahrheit hätten."

Dorettes Augen leuchteten auf:

„In gegenseitigem Einverständnis?"

„Ja, mein Kind!"

„Und — und — Horst leidet nicht — so — sehr?"

„Der Tod der armen Ellen hat ihm gewiß ein heißes Mitleid abgerungen. Geliebt aber hat er sie nicht mehr."

„Darf ich schlafen gehen, Mama?" Die blaugrünen Augen strahlten die Mutter an. Sie sahen so gar nicht nach Müdigkeit aus.

Und die Mutter nickte.

„Dann schlafe gut, Dorette! Ich werde auch zur Ruhe gehen."

Ein herzlicher Kuß, und Dorette ging schnell hinaus. Frau Mahlow aber faltete die Hände.

„Lieber, guter Herrgott dort droben, laß sie glücklich werden, sie und Horst! Aus all den Trümmern ringsum mag wenigstens für beide Glück erblühen."

Dorette aber stand mitten in ihrem Zimmer und breitete die Arme aus.

„Er wird weiterhin zu uns nach Mahlow kommen."

Dorette ließ die Arme sinken. Wie durfte sie sich darüber freuen, während die arme, reiche Ellen Svenson...?

„Wie schlecht du doch bist, Dorette!"

Ganz deutlich glaubte Dorette diese Worte zu hören. Sie kamen aber nur aus ihrem eigenen weichen Herzen.

Wieder dachte sie nach. Weshalb fühlte sie sich innerlich erleichtert? Weil Horst nun nicht heiraten würde?

Aber eines Tages würde es doch sein? Die jungen Damen ringsum, die durch seine auf der Heimreise erfolgte Verlobung sehr enttäuscht worden waren, würden ihm doch nun ihre Sympathien offen entgegenbringen? Denn sie verehrten ihn doch alle? Sie hörte es doch immer und immer wieder, wenn sie bei dieser oder jener Freundin war.

Dorette fragte sich verzweifelt, weshalb ihr jeder Gedanke an eine Frau so schmerzte. An eine Frau, die Horst nahestand? Dann hätte es ihr doch auch schmerzen müssen, wenn Schwager Korne so herzlich und ungeniert Edelgard geküßt hatte? Warum nur wollte sie Horst an keinen Dritten abgeben? Und es war doch nur ein ganz natürlicher Vorgang, wenn er heiratete?

Aus all dem Wirrwarr ihres Denkens blieb zuletzt wieder das eine: Ich gehe fort! Er hat es gesagt: Wenn ich achtzehn Jahre alt bin, dann werde ich vielleicht gehen dürfen.

* * *

Horst war in Berlin angekommen. Geradeswegs fuhr er ins „Adlon". Er wollte gleichfalls hier ein Zimmer nehmen.

Gleich nach seiner Ankunft, nachdem er sich's etwas bequem gemacht, sich vom Reisestaub gesäubert hatte, ließ er sich bei Mister Patters melden.

Das war ein kleiner, untersetzter Herr mit einem blanken Schädel, der wie eine Billardkugel glänzte. Ein Paar gute braune Augen nahmen sofort für Mister Patters ein. Als er Horst Mahlow begrüßt hatte, drückte er ihn in einen Sessel.